

DP



DEUTSCHE POLIZEI

06/24

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Vertrauensleute

Die mit dem Durchblick

Unschlagbare Vorteile als GdP-Mitglied

In deinem GdP-Mitgliedsbeitrag enthalten:

- Beitragsfreie Rahmenanwartschaft für die Dauer der Polizeiausbildung (in allen Bundesländern mit Heilfürsorge ab Ausbildungsbeginn sowie bei der Bundespolizei)
- Unfall-Vollzugsdienstabsicherung (in den Bundesländern mit Beihilfe ab Ausbildungsbeginn)
- Unfallschutz für Dienst- und Freizeitunfälle
- Dienstaft-/Amthaftpflichtversicherung inkl. Dienstfahrzeugregresshaftpflicht
- Dienst-/Arbeits-Rechtsschutz über GdP-Rechtsschutzordnung
- Sterbegeldbeihilfe

Deine Vorteilskonditionen als GdP-Mitglied bei der SIGNAL IDUNA Gruppe und PVAG Polizeiversicherungs-AG:

- Für Polizeianwärter innerhalb der ersten 6 Monate ab Ausbildungsbeginn vereinfachte Antragstellung und keine Gesundheitsprüfung für ausgewählte Tarife in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Echte Dienstunfähigkeits-/Polizeidienstunfähigkeitsabsicherung über GdP-Rahmenkollektivvertrag (auch für Spezialkräfte von Polizei und Zoll) mit einfacher Gesundheitserklärung innerhalb der ersten 6 Monate nach Abschluss einer Krankenvollversicherung
- Unfallabsicherung auch für Spezialeinsatzkräfte der Polizei und des Zolls
- Spezielle Leistungserweiterungen in der PVAG-Unfallversicherung für Einsatzkräfte
- Beitragsvorteil bis zu 25 % in der PVAG-Unfallversicherung
- Günstige Einstufung nach Schadenfreiheitsklasse ½ (70 %) in der Kfz-Haftpflichtversicherung für Polizeianwärter
- Besonderer Beitragsnachlass in der PVAG-Sach-/Haftpflichtversicherung
- Spezielle Leistungserweiterungen in der PVAG-Sachversicherung

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

PVAG Polizeiversicherungs-AG
Das Gemeinschaftsunternehmen
von GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe
www.pvag.de

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA

Titel

- 2 Vertrauensleute
Auf Augenhöhe

Innenleben

Europäischer Polizeikongress 2024



- 12 Europas Sicherheitsfamilie rückt enger zusammen
- 16 GdP-Expertise ist gefragt
- 19 Europa auf dem Weg zur Vision Zero
- 21 Liebe Elke Hannack, herzlichen Glückwunsch!
- 22 Amtsangemessene Besoldung im Fokus
- 24 Spurensuche in der Cloud: Sind wir vorbereitet?
- 26 Schritthalten mit der Zukunft
- 30 Zu Gast im Bremer Rathaus
- 32 Stellenausschreibungen
- 33 Am 9. Juni ist Europawahl

Hingeschaut

Deutsche Verkehrswacht



- 34 Erfolgsgeschichte Verkehrserziehung
- 36 Einsatzkritisch, zukunftsicher

Achtsamkeit und emotionale Intelligenz



- 38 Mitarbeiterwohlbefinden steigern
- 40 Impressum

Schwerpunkt

SCHWERPUNKT

FUSSBALL & POLIZEI

- 5 Euro 2024: Betreuung können wir, verlasst Euch drauf!



- 6 Kostenbeteiligung bei Hochrisikospiele
- 7 Gewalt im Amateurfußball – (ir)relevant für die Polizei?!
- 9 Deutschland ist bunt und bleibt es auch
- 10 Fußball öffnet sich sukzessive für mehr geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

KAMPAGNE ZUR EM GESTARTET

Rote Karte gegen Sexismus im Dienst

Sexuelle Belästigung und Übergriffe am Arbeitsplatz sind ein Tabuthema in der Polizei. Die Arbeitsgruppe „Respect me, too“ der Bundesfrauengruppe startet darum zur Fußball-Euromeisterschaft die Kampagne „Rote Karte gegen Sexismus im Dienst“. Es gibt vier Motive mit provokativen Sprüchen und hilfreichen Links und Illustrationen unter einem QR-Code. Sie werden an den Spieltagen von der GdP-Einsatzbetreuung verteilt.



VERTRAUENSLEUTE

Auf Augenhöhe

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat 2023 zum Jahr der Vertrauensleute erklärt. 2024 setzen wir die Serie fort und stellen die Menschen vor, die das grüne Herz bis in die letzte Dienststelle der Republik schlagen lassen. In dieser Ausgabe treffen wir Daniela Ide und Christian Born aus Thüringen. Ein Gespräch über Tauziehen mit der Politik, missverständliche Komplimente und die Liebe zu Zimmerpflanzen.

Danica Bensmail

Ein Sprichwort besagt: Teamwork makes the dream work. Stimmt! Denken wir nur mal an Kinoaction oder TV-Krimis: Riggs und Murtaugh in „Lethal Weapon“, Mike Lowry und Marcus Burnett in „Bad Boys“ oder an Gorniak und Winkler aus dem Dresdener Tatort. Alle drei Paare haben eines gemeinsam: Sie sind ein starkes Gespann. Und wo wir gerade dabei sind; da gibt es noch so zwei, die sich reinsteigern, die für die gute Sache kämpfen und sich ganz wunderbar ergänzen: Daniela Ide und Christian Born. Zwei wie aus einem Guss, die sogar die Sätze ihres Gegenübers beenden. Und das ist genauso süß, wie es klingt. Aber von vorne ...

Bloß kein Alltagstrott

Daniela macht den Anfang. Was hat die heutige Hauptmeisterin eigentlich zur Polizei gebracht? Die Vertrauensfrau muss nicht lange überlegen: „Die Arbeit bei der Polizei ist unglaublich vielfältig. Das hat mich von Anfang an begeistert. Es entsteht kein Alltagstrott. Dass ich zur Polizei wollte, war mir auf jeden Fall schon früh klar.“

Viele Umwege führen nach Rom

Bei Christian war das anders. Vor seiner Laufbahn im Justizvollzug hatte der Ge-

werkschafter bereits ein buntes Bouquet verschiedener Fähigkeiten erworben. Der gelernte Stuckateur machte seinen IHK-Abschluss als Berufskraftfahrer und verkaufte zwischenzeitig Immobilien und Versicherungen. „Über einen Freund im Schützenverein bin ich zur GdP gekommen“, erzählt der Vertrauensmann und Personalrat. Ein echter Volltreffer, denn „... ich wusste ja gar nicht, wie sehr mich die Arbeit als GdP-Vertrauensmann erfüllen wird“, sagt Christian mit einem Schmunzeln.

Unverschämtheit!

Gut, dass die beiden da sind, denn „es gibt viele Missstände in der Polizei und im Justizvollzug Thüringen“, sagt Christian. „Es geht eigentlich immer um Personal, Anerkennung und die Würdigung der Arbeit“, sagt Daniela und ihr Kollege bestätigt das. „Ich war der Meinung, dass die Führung dringend einen Konter bekommen muss. Die braucht einen Gegenspieler, der auf Augenhöhe agiert. Mein damaliger Anstaltsleiter hat mir gegenüber gesagt: Herr Born, Sie haben nicht studiert, Sie sind nicht auf Augenhöhe“, sagt Christian und seine Stimme wird mit jedem Wort ein klein wenig lauter.





Kay Hessehmann

Lassen sich vom Dienstherrn nicht verschaukeln: die Vertrauensleute Daniela und Christian.

Zwei wie Pech und Schwefel

Daniela und Christian begegnen ihren Mitmenschen auf Augenhöhe. Genau das zeichnet erfolgreiche Vertrauensleutearbeit (VL-Arbeit) aus. Nicht umsonst platzen die jeweiligen Kreisgruppen der zwei vor Mitgliedern aus allen Nähten. Wahrscheinlich nicht zuletzt auch „...weil’s mir einfach unheimlich Spaß macht“, sagt Daniela und strahlt über das ganze Gesicht. „Und außerdem bin ich gerne mit ihm zusammen“, ergänzt sie und deutet auf Christian. Wie lange kennen die zwei sich jetzt eigentlich? „Seit 2018, weil ich so ein kommunikativer Typ bin“, grinst Christian und Daniela ergänzt: „Ein sehr zugänglicher, sympathischer Mann.“ „Danke“, sagt Christian. „Das gebe ich so zurück.“ „Das mit dem Mann?“, fragt Daniela. „Nnneeein“, sagt Christian, fasst sich an den Kopf und beide brechen in lautes Gelächter aus. „So geht ... das ... immer ... bei uns“, sagt Daniela zwischen Lachen und Luftholen. Herrlich!

„Viele Kollegen suchen sich Nebenjobs“

Mit welchen Themen kommen die Kolleginnen und Kollegen eigentlich auf die beiden Vertrauenspersonen zu? „In letzter Zeit fragen die Leute ständig nach, wann das Tarifergebnis endlich auf Beamte übertragen wird, weil sie feststellen, dass sie durch die Inflation ganz schön abgehängt worden sind“, sagt Christian. Die Geldsorgen würden stetig größer, sodass viele Kolleginnen und Kollegen sich Nebenjobs suchen würden. Beihilfe sei ein weiteres Thema, dass die Menschen der Thüringer Polizei und Jus-

tiz beschäftige. „Die Bearbeitungszeit liegt momentan bei acht Wochen. Das ist viel zu lang“, sagt Daniela. Die Menschen stünden teilweise unter großem finanziellem Druck, sagt Christian. „Ein Kollege hatte wahnsinnig teure Medikamente. Wir reden hier über mehrere Tausend Euro. Daraufhin habe ich die Landesvorsitzende Mandy Koch angerufen, die das Gespräch mit dem Innenminister aufgenommen hat, aber ...“, sagt Christian und zuckt mit den Schultern. Zwar mache die GdP Druck, rede sich den Mund fusselig, aber am Ende mahnten die Mühlen der Politik doch oft viel zu langsam.

..., weil ich das will!

Puh! Das klingt schon beim Zuhören anstrengend. Für dieses ständige Tauziehen mit der Politik braucht man nicht nur einen langen Atem, sondern auch eine hohe Frustrationsgrenze. Warum tun Daniela und Christian sich das eigentlich an? „Weil ich das machen will“, sagt Daniela wie aus der Pistole geschossen und Christian nickt. Es sei der Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen, der tägliche Austausch mit den Menschen, der dieses Amt so lohnend mache. „Jemandem zum Geburtstag zu gratulieren, und zu sehen, wie er sich freut, das ist schön“, sagt Christian. „Oder wenn man den jungen Kollegen nach einem schwierigen Einsatz sagt: Wir sind für euch da, wenn ihr etwas braucht, sprecht uns an. Das ist ein gutes Gefühl. Für die und für uns.“

Immer an!

Sind die beiden eigentlich immer erreichbar, oder auch mal offline und im Flugmodus?

Daniela und Christian schütteln den Kopf. „Ne, gibt’s nicht“, sagt Christian. „Ich war neulich krank, und habe trotzdem sechs Stunden mit den Kollegen aus der JVA Tonna Gespräche geführt.“ Oha! Das Engagement der beiden ehrt sie, „... aber eigentlich willst du jetzt mit uns schimpfen, oder?“ sagt Christian und Daniela kichert. GdP-Vertrauenspersonen sind ein besonderer Schlag Mensch. Besonders empathisch, besonders engagiert und besonders fürsorglich. Das ist bei Daniela und Christian nicht anders. Beide haben das Bedürfnis für ihre Kolleginnen und Kollegen verlässliche Ansprechpartner zu sein, denn „die Menschen rufen uns an, wenn sie Probleme haben. Das passiert oft am Wochenende, wenn sonst keiner Auskunft geben kann“, sagt Christian. „Aber wir sind auch dann ansprechbar“, ergänzt Daniela. „Wenn jemand so verzweifelt ist, dass Tränen fließen ...“, sagt Christian und ringt um Worte. „... dann muss den doch jemand auffangen.“

Aufgeblüht

Um das Gespräch auf einer positiven Note zu beenden: Worauf freuen die zwei sich eigentlich am meisten, wenn sie morgen wieder zu Arbeit gehen? „Ich freue mich auf das Unerwartete. Jeder Tag ist anders. Das macht unglaublich viel Spaß. Ich war jetzt zwei Tage nicht auf der Arbeit“, sagt Daniela. Und schon Entzugserscheinungen? Was hat Christian dann? Vollzugserscheinungen? Verzeihung, fünf Euro in die Kalauer-Kasse und nochmal richtig. „Also, ich freue mich auf meinen Benjamin“, sagt Christian. Wie bitte? „Na, mein Baum. Mein GdP-Baum“, erklärt der Vertrauensmann. „Den habe ich 2018 mit drei Blättern übernommen. Jetzt ist er richtig aufgeblüht.“ Na, kein Wunder! Unsere GdP-Vertrauensleute, sind doch bekanntermaßen die mit dem grünen Daumen. Was man ihnen anvertraut, das wächst und gedeiht! So. Soll’s. Sein. ■

Daniela Ide ist seit 1994 in der Polizei. Als Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Nordthüringen und Vertrauensfrau engagiert sich die Polizeihauptmeisterin seit vielen Jahren für ihre Kolleginnen und Kollegen.

Christian Born ist seit 2007 im Justizvollzug tätig und seit 2017 aktiv in der GdP. Seitdem ist der Vertrauensmann und Personalrat Vorsitzender der Kreisgruppe Justiz und verlässlicher Ansprechpartner für die großen und kleinen Sorgen seiner Kolleginnen und Kollegen.

SCHWERPUNKT

FUSSBALL & POLIZEI

Euro 2024:

Betreuung

**können wir, verlasst
Euch drauf!**

Kay Herschelmann



Jochen Kopelke

Bundesvorsitzender der Gewerkschaft
der Polizei

Eure GdP wird während der EM sichtbar an Eurer Seite sein. Wir sorgen dafür, dass alle Kolleginnen und Kollegen, die an den Spielorten und im EM-Geschehen eingesetzt sind, sich nicht nur voll auf ihren Auftrag konzentrieren können, sondern auch von ihrer Gewerkschaft gut betreut werden. Dazu sind im Vorfeld zahlreiche GdP Maßnahmen deutschlandweit getroffen worden. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen, landauf, landab, sind bereit, Euch neben dem Dienst zu unterstützen. Wir stehen zusammen! Danke möchte ich an dieser Stelle meinem Vorstandskollegen Michael Mertens aus Nordrhein-Westfalen, den vielen Personalräten in den Behörden und unserer großen GdP-Familie sagen.

Kay Herschelmann



Michael Mertens

Stellvertretender Bundesvorsitzender
der Gewerkschaft der Polizei und
GdP-EM-Beauftragter

Auf die Polizei, auf Euch, ist Verlass. Ihr geht bestens vorbereitet und topmotiviert in die EM-Wochen. Für Euch werden es fordernde Zeiten sein, so oder so. Selbst eine harmonische EM ist ein Groß-einsatz. Ihr werdet für Sicherheit sorgen, alles geben, natürlich erst recht in weltpolitisch unruhigen Zeiten. Logisch. Wir als GdP werden dabei an Eurer Seite sein! Das gilt für diese EM, das gilt immer. Euch und allen Kräften danke ich schon jetzt für Euren Einsatz! Viele würden die Spiele selbst gern verfolgen, ob nun im Stadion, beim Public-Viewing oder daheim am Fernseher mit Familie und Freunden. Einmal mehr bedeutet der Polizeiberuf jedoch Verzicht. Die Pflicht geht vor. Auch das zeichnet uns aus. In der Öffentlichkeit und in der Politik wird das viel zu wenig gewürdigt. Wir als GdP werden darauf aufmerksam machen, versprochen.





Kostenbeteiligung

bei Hochrisikospiele

Wer trägt die Mehrkosten für Polizeieinsätze bei sogenannten Hochrisikospiele? Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geht dieser Streit in die finale Phase. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) war im April als sachkundige Dritte geladen.

Karina Jakubowski

Das Bundesverfassungsgericht verhandelte am 25. April 2024 über die Verfassungsbeschwerde der Deutschen Fußballliga (DFL) zur Kostenbeteiligung bei Hochrisikospiele. Zur mündlichen Verhandlung waren unter anderem der Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, Ulrich Mäurer (SPD), Vertreter des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), des Bundesligaverbands SV Werder Bremen, des Deutschen Städtetages, des Bundes der Steuerzahler und der Bundesrechtsanwaltskammer geladen.

2,4 Millionen Arbeitsstunden

In seinem Statement machte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts deutlich, dass es um mehr gehe als nur eine rein juristische Bewertung des Sachverhalts.

Die Arbeitsstunden im Kontext von Fußballspielen nähmen seit Jahren zu, betonte der GdP-Chef. Allein in der Saison 2022/2023

hat die Arbeitsbelastung der Polizeibehörden laut dem Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) bei über 2,4 Millionen Stunden. Hinter dieser Zahl stecke ein enormer Arbeitsaufwand, der vor allem in dem hochkomplexen und professionellen Verfahren zur Einsatzplanung und Einsatzleitung begründet liege, unterstrich Kopelke.

Vor dem Spiel ist nach dem Spiel

Klar ist: Mit dem Einsatz am Spieltag ist es nicht getan. Bereits in der Vorbereitung der Polizeieinsätze zeigt sich die Komplexität der bundesweiten Einsatzbewältigung. Denn die Kräfteverfügbarkeit bemisst sich auch anhand von arbeitsrechtlichen Vorgaben. Arbeitszeitverordnungen, Mitbestimmungsvorgänge, Arbeitsschutz und vieles mehr ist bei Polizeieinsätzen stets zu berücksichtigen. Personal steht nicht unbegrenzt zur Verfügung. Trotzdem ist der

Bedarf an Unterstützung enorm. An den Spieltagen wird deutlich: Hier sind unterschiedliche Fertigkeiten und Menschen im Einsatz. Auch dem Bundesverfassungsgericht dürfte inzwischen klar sein: Von Fußballereinsätzen sind Polizeibeschäftigte aus allen Bereichen betroffen. Sie leisten wöchentlich herausragende Arbeit für die Sicherheit bei Sportveranstaltungen.

Hintergrund

Seit 2015 streiten die Freie Hansestadt Bremen und die Dachorganisation des deutschen Profi-Fußballs um die Frage, ob Fußballvereine für die Polizeikosten bei Fußballspielen, die als Hochrisikospiele eingestuft werden, aufkommen müssen. Bisher existiert eine solche Regelung nur in Bremen. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Auffassung vertreten, dass die Bremer Regelung verfassungskonform ist, dann dürften andere Bundesländer nachziehen. Ein Urteil wird in einigen Monaten erwartet. ■

DP-Autorin Karina Jakubowski ist Juristin und Referentin der Geschäftsführung der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bundesvorstand.

Gewalt

im Amateurfußball – (ir)relevant für die Polizei?!

Gewalt im Zusammenhang mit Fußball ist ein Thema, das die Gesellschaft seit geraumer Zeit beschäftigt. Neben dem Profifußball rückt zunehmend auch der Amateurfußball in den Blick. DP-Autorin Dr. Thaya Vester hat hingeschaut ...

Dr. Thaya Vester

Gewalt im Fußball: Das Interesse ist groß, dennoch sind nur wenige Informationen über das genaue Ausmaß verfügbar. Dies ist zu weiten Teilen sowohl der Verbandsautonomie des Sports als auch dem föderalen Aufbau des organisierten Fußballs geschuldet. Die 21 Fußball-Landesverbände, die für den Spielbetrieb verantwortlich sind, verfügen über unterschiedliche Rechtsordnungen und Strafbestimmungen, was eine urteilsbasierte Erfassung von Vorfällen erheblich erschwert.

Gewaltprotokoll

Seit rund zehn Jahren erhebt der Deutsche Fußball-Bund (DFB) über den elektroni-

schon Spielbericht Angaben über Gewalt- und Diskriminierungsvorfälle, die von den Unparteiischen eingetragen werden. Das daraus resultierende Lagebild hat einige Unschärfen, liefert jedoch einen groben Überblick. Dabei zeigt sich, dass sich die Anzahl der Meldungen über Gewalt- und Diskriminierungsvorfälle in Relation zur Zahl der absolvierten Spiele (pro Saison bis zu 1,5 Millionen Spiele) über viele Jahre auf einem konstanten Niveau bewegte. Solche Meldungen sind statistisch nach wie vor selten. In den vergangenen Jahren wurden nur bei durchschnittlich 0,5 Prozent der Spiele derartige Störungslagen vermerkt.

Verschlechterung der Sicherheitslage

Zusätzlich wird auch die Anzahl der gewaltbedingten Spielabbrüche erfasst. Da ein Spiel nur dann abgebrochen werden soll, wenn tatsächlich alle Mittel zur Fortsetzung ausgeschöpft wurden, kann diese Quote als Indikator zur Schwere von Vorfällen herangezogen werden. Im Längsschnitt zeigte sich jüngst nach der Covid-19-Pandemie sowohl absolut als auch relativ betrachtet ein deutlicher Anstieg der gewaltbedingten Spielabbrüche, was auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage hindeutet.

Abbruch!

Die Statistik enthält jedoch keine weiteren Angaben zu Art und Ausprägung der gemeldeten Gewalt. Um ein genaueres Bild über die Geschehnisse auf den Plätzen zu erhalten, gab der DFB eine qualitative Sonderauswertung der gewaltbedingten Spiel-



abbrüche zweier Spielzeiten (2018/19 und 2019/20) in Auftrag. Für diese Studie wurden alle verfügbaren Sonderberichte und Sportgerichtsurteile der insgesamt 973 über den elektronischen Spielbericht gemeldeten Spielabbrüche analysiert. Die zugrunde liegenden Störungslagen unterschieden sich dabei voneinander. Mit 38,4 Prozent am häufigsten mussten Spiele abgebrochen werden, da sich der/die Unparteiische selbst in Gefahr sah, bei 11,6 Prozent sich selbst und andere. In 17,4 Prozent der abgebrochenen Spiele, sah er/sie hingegen ausschließlich andere Personen in Gefahr. Immerhin 15,8 Prozent der Spielabbrüche resultierten jedoch daraus, dass sich eine der beiden Mannschaften weigerte, das Spiel fortzusetzen und dadurch faktisch ein Abbruch erzwungen wurde.

Polizeibeteiligung

Bei 75,6 Prozent der Spielabbrüche kamen die Beteiligten ohne die Hilfe der Polizei aus. Bei 7,7 Prozent der Spiele lagen aufgrund mangelhafter Dokumentation keine gesicherten Informationen vor. In weiteren 2,4 Prozent der untersuchten Spiele ließ sich dem Aktenmaterial entnehmen, dass eine Alarmierung erwogen, letztlich jedoch davon abgesehen wurde, da sich die Situation beruhigte. So wurde die Polizei vereinzelt sogar wieder „abbestellt“. Teils genügte bereits die alleinige Androhung, dass nun die Polizei geholt werde, um die Gemüter zu beruhigen. Ein tatsächlicher Einsatz erfolgte bei 14,2 Prozent der Spielabbrüche. Hinsichtlich der Notwendigkeit und des Ausmaßes des Eingreifens ließ sich jedoch eine

große Bandbreite feststellen. Stellenweise war bereits das Eintreffen der Polizei ausreichend dafür, dass sich die Kontrahenten voneinander trennten und in alle Himmelsrichtungen verteilten. Andere Situationen hingegen erforderten ein – teils massives – Tätigwerden der Polizei. Gerufen wurde die Polizei insbesondere, wenn sich abzeichnete, dass jemand einen größeren körperlichen Schaden erlitten hatte, ebenso bei Bewusstlosigkeit des Opfers. In diesen Fällen wurden Polizei und medizinische Hilfe zu meist gleichzeitig angefordert. Besonders häufig war ein Polizeieinsatz auch dann vonnöten, um die Unparteiischen im Nachgang vor aufgebracht Personen zu schützen; in mehreren Fällen verbarrikadierten sich Schiedsrichter zunächst in der Kabine und mussten dann vom Sportplatz oder gar bis nach Hause geleitet werden.

Große Herausforderungen

In einigen Spielen war die Polizei bereits präventiv vor Ort, da sich etwa ein ungewöhnlich hohes Besucheraufkommen abzeichnete oder dies aufgrund vorangegangener Erfahrungen geboten schien. Darunter befanden sich Situationen, die den Einsatz von Hundertschaften erforderlich machten. Zwar war ein solch massives Aufgebot an Polizeikräften nur selten notwendig, um die Lage zu bereinigen; gleichwohl zeigt sich, dass der Amateurfußball zumindest punktuell vor großen Herausforderungen steht und Hilfe von Sicherheitsbehörden benötigt. In welchem Ausmaß dies der Fall ist, wurde seitens des Staates in der Vergangenheit bislang nicht erhoben.



privat

Dr. Thaya Vester, M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen. Nach dem Studium der Soziologie und der Rechtswissenschaft promovierte sie in Sportwissenschaft über das Sicherheitsgefühl und die Opferwerdung von Unparteiischen im Fußballsport. Am Institut beschäftigt sie sich mit der Messung von Kriminalitätsaufkommen im Hell- und Dunkelfeld im Allgemeinen und mit Gewalt- und Diskriminierungsphänomenen im Fußballsport im Speziellen. Parallel dazu ist sie ehrenamtlich in verschiedenen Gremien des Deutschen Fußball-Bunds und des württembergischen Fußballverbands engagiert, die sich mit der Bekämpfung von Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen.

Detaillierte Beobachtung notwendig

Erst jüngst erfolgte mit Beschluss der 211. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder für die Saison 2022/23 erstmalig die Erfassung von „Gewalt im Amateurfußball“. Dabei handelte es sich um eine Rechtstatsachensammlung von Straftaten in den Spielklassen unterhalb der Regionalliga. Verschiedenen Medien ließ sich entnehmen, dass bundesweit 542 Einsätze stattfanden. In 495 Fällen handelte es um Gewaltdelikte. Insgesamt wurden 1099 Tatverdächtige und 754 Opfer gezählt. Davon wurden 714 verletzt (498 Spieler, 116 Zuschauer, 83 Schiedsrichter und 17 Polizisten). Auch diesen Daten lässt sich allerdings nicht entnehmen, welche Dimensionen diesen Straftaten zugrunde liegen. Unmittelbar mit Veröffentlichung dieser Zahlen wurde jedoch verlautbart, dass die Datensammlung direkt wieder eingestellt werden solle, da das Thema für die Innenministerkonferenz zu klein sei. Angesichts der Tatsache, dass im Mai 2023 zum ersten Mal ein Spieler durch einen tätlichen Angriff auf dem Fußballplatz gewaltbedingt zu Tode kam, erscheint diese Entscheidung nicht nachvollziehbar oder zumindest verfrüht. Zweifelsohne wäre eine detailliertere Beobachtung über einen längeren Zeitraum wünschenswert, um die Problemlage und ihre Entwicklung aus polizeilicher Sicht adäquat beurteilen zu können. ■



VRD/stock.adobe.com

SCHWERPUNKT

FUSSBALL & POLIZEI

Deutschland ist bunt und bleibt es auch



kiddsg/stock.adobe.com

Ein pinkes Trikot löste im Vorfeld der EM bei einigen Fußballfans hierzulande große Irritation aus. Warum eigentlich? Die AG Vielfalt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit einem Plädoyer für mehr Farbe, mehr Vielfalt und mehr Austausch – im Fußball und darüber hinaus.

Fidan Düz

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und sein Ausrüster sorgten mit der offiziellen Vorstellung der pink-lila Trikots der deutschen Nationalmannschaft der Männer im März für Aufsehen. Viele waren begeistert: Nach einem Rekord-Verkaufsstart war das Trikot in nur wenigen Wochen fast ausverkauft. Für andere war das zu viel. In einer Blitz-Umfrage der BILD sagten 48 Prozent der rund 64.000 Teilnehmenden, das Trikot sei voll daneben. In den sozialen Medien brach ein Shitstorm aus. „Verrat an Schwarz-Rot-Gold“, „Dieses pinke Trikot hat nichts mit der DNA des deutschen Fußballs zu tun“, „Ist Provokation das neue Image vom DFB oder so? Gründet doch euren eigenen pinken Verein, da könnt ihr machen, was ihr wollt.“

Ein wichtiges Bekenntnis

Der DFB und Ausrüster Adidas konterten. Das Auswärtstrikot setze nicht nur ein modisches Statement, sondern stehe für die

neue Generation an deutschen Fußballfans und die Vielfalt des Landes. „Mit diesem Trikot wird die nationale Fußball-Identität neu interpretiert. Das ist eine aufregende Entwicklung rund um den deutschen Fußballprofisport und nach dem Eklat bei der Weltmeisterschaft 2022 in Katar ein wichtiges Bekenntnis“, erklärt Sibylle Krause, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP und Leiterin der AG Vielfalt. Die DFB-Elf und sechs andere Verbände planten damals, mit der „One Love“-Armbinde aufzulaufen – als Zeichen gegen Homophobie wie auch Antisemitismus und Rassismus und für Menschenrechte. Die Verbände ruderten zurück, als die FIFA die sportliche Sanktionierung der Träger androhte.

Vielfalt auf dem Platz

„Fußball hat eine starke Stimme und eine gesellschaftliche Verantwortung“, betont Dorina Arndt, Co-Leiterin der AG Vielfalt der GdP. „Gerade in Zeiten des zunehmenden

den Rechtsrucks gilt es, Haltung zu zeigen. Deutschland ist und bleibt bunt. Auch der Fußball muss Vielfalt auf und neben dem Platz abbilden und ist unvereinbar mit Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit oder anderer Diskriminierungen, im Profi- und Amateursport genauso wie in der Fanszene.“ Es sei unverzichtbar, dass große Sportereignisse wie die EM 2024 dazu genutzt würden, politische Akzente für Vielfalt, Respekt und Demokratie zu setzen. Die rund um die EM bundesweit initiierten Aktionen und Veranstaltungen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt durch den DFB, der Politik und der Zivilgesellschaft seien daher richtig und wichtig. So starteten der DFB und die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung beispielsweise die Kampagne „Fußballzeit ist die beste Zeit gegen Rassismus“, um Maßnahmen gegen Rassismus im Amateurfußball zu fördern.

Mauern überwinden

Sport ist für alle da und schweißt zusammen. „Er ist eine Möglichkeit, Vielfalt zu feiern und in den Austausch zu kommen,“ bekräftigt Patricia Nubi aus der AG Vielfalt. Dies gelte während der EM für die angereisten Fans, die Delegationen, natürlich aber auch für die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. „Sport kann und soll Mauern überwinden!“

Drücken wir unseren Jungs die Daumen für ein erfolgreiches und spannendes Fußballturnier. ■



Fußball öffnet sich sukzessive für mehr geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

Robert Claus forscht an der Berliner Humboldt-Universität zu Fankulturen, Hooligans und Männlichkeitsbildern. Mit DP sprach er über die „Feminisierung des Fußballs“, das Verhältnis von Fußball zu Demokratie und Antidiskriminierung in Deutschlands beliebtestem Ballsport.

Thomas Gesterkamp

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Claus, im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft (EM) sorgte ein neues Trikot des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) für harsche Kritik. In Netzkommentaren hieß es, mit seinen Pinktönen sehe es zu weiblich aus. Was war da los?

Robert Claus: Offenbar fühlte sich ein Teil der Anhängerschaft in seinem sehr traditionellen Verständnis von Männlichkeit gestört. Solche Einwürfe haben im Fußball mittlerweile eine längere Geschichte. Es gab sie schon, als Profis in den 1990er-Jahren begannen, vermehrt bunte Schuhe zu

tragen und auch, als mancher Kapitän in der Bundesliga eine Regenbogenbinde anlegte. Beides hat sich letztlich aber durchgesetzt. Und der Sportartikelhersteller Adidas meldete kurz nach Verkaufsstart, dass das pinke Trikot das bestverkaufte Auswärtstrikot in der Geschichte des DFB sei. Dennoch wird an dem Beispiel deutlich, dass Fußball nie nur ein Ballsport ist. Sondern er symbolisiert für Teile der Gesellschaft nationale Stärke und Männlichkeit. Nicht zuletzt ist er ein gesellschaftspolitisches Feld, in dem um Deutungshoheit gerungen wird. Dabei steht das gesamte Thema Vielfalt im Fokus.

DP: In die Stadien kommen erheblich mehr Frauen als früher, im Fernsehen wird dem Frauenfußball mehr Platz eingeräumt, bei steigenden Einschaltquoten. Manche sprechen schon von einer Feminisierung der Sportart Fußball. Sehen Sie dafür Anzeichen?

Claus: Ich sehe Tendenzen, dass sich der Fußball seit Jahren sukzessive für mehr geschlechtliche und sexuelle Vielfalt öffnet. Das betrifft nicht allein das wichtige Wachstum des Frauenfußballs, sondern auch das jahrelange Engagement der „Fußballfans gegen Homophobie“ in den Stadien oder die Wanderausstellung „fan.tastic females“ sowie die Einrichtung einer Kompetenz- und Anlaufstelle für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt beim DFB. Nicht zuletzt hat der Verband 2022 als einer der ersten Sportverbände weltweit eine Regelung zum Spielrecht für trans*, inter* und nicht-binäre Personen entwickelt. Gleichzeitig zeigen sich einige Bereiche des Fußballs enorm beharrungsfähig: Bis heute sind die Leitungsebenen und Präsidien wenig divers. Die machtvollen weißen Männerbünde gibt es nach wie vor.

DP: In den Fankurven hängen immer wieder homophobe Banner, begleitet von den entsprechenden Gesängen. Was tun die Verantwortlichen dagegen?

Claus: Ohne Frage finden homophobe Beschimpfungen immer noch als etablierter Teil einer fußballspezifischen Beschimpfungskultur statt. Die Kulturwissenschaftlerin Almut Sülzle hat das Stadionerlebnis einmal als karnevaleske Sonderwelt beschrieben. Die emotional aufgeladene Konfliktsituation des Fußballspiels forciert solches Verhalten auch bei Menschen, die sich sonst nicht so benehmen. Aber wir müssen auch sehen, wie viele Ultragruppen den vorgegebenen Konsens vertreten, sich nicht diskriminierend im Stadion zu äußern. Insofern haben sich die Fanszenen stark ausdifferenziert. Letztlich werden entsprechende Vorfälle auch vom DFB bestraft: So verhängte das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes im Februar 2024 gegen Bayer Lever-

kusen eine Geldstrafe, weil Fans auf einem Spruchband behauptet hatten, es gebe nur zwei Geschlechter.

DP: Gibt es Unterschiede zwischen den Vereinen im Umgang mit dem Thema Diskriminierung? Haben Sie ein Beispiel für vorbildliche Präventionsarbeit?

Claus: Borussia Dortmund etwa hat in den 2010er-Jahren einen weiten Weg hinter sich gebracht. Um gegen die Dominanz extrem rechter Hooligans und Diskriminierung vorzugehen, hat der BVB-Workshops mit Fans und Tagungen zum Thema Zivilcourage durchgeführt – und begonnen, Vielfalt in seiner Anhängerschaft zu fördern. Proficlubs wie der FC St. Pauli oder Werder Bremen taten dies bereits seit Längerem. Darüber hinaus muss aber das gesamte Spektrum gesehen werden, das sich im Fußball den Themen Antidiskriminierung und Vielfalt widmet. Einige Fan-Initiativen habe ich bereits genannt, hinzu kommen die etablierte professionelle Arbeit der über 70 sozialpädagogischen Fanprojekte, zu diesem Thema arbeitende Fanbetreuungen sowie die Stiftungen der Clubs. Nicht zuletzt gibt es Diversity-Beratungsagenturen, engagierte Amateurvereine und Bildungseinrichtungen. Viele von ihnen wurden mit dem Julius-Hirsch-Preis des DFB ausgezeichnet, ebenso viele wirken am jährlichen Aktionsspieltag des Netzwerkes „Nie Wieder!“ mit. Bei allen Problemen, die der Fußball hat, existiert zugleich auch eine breite Landschaft an Organisationen, die diese bearbeitet. Letztlich geht es hier um das Verhältnis vom Fußball zur Demokratie, um Fragen von Teilhabe,

Sichtbarkeit und Mitbestimmung vieler gesellschaftlicher Gruppen. Im Programm einiger Host-Cities, der Austragungsorte der Europameisterschaft, wird dies auch sichtbar.

DP: In der Vergangenheit kam es im Umfeld großer Fußballturniere immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen. Rechnen Sie damit auch bei der Europameisterschaft in Deutschland?

Claus: Da mehrere Länder teilnehmen, in denen größere Hooligan-Szenen agieren, zum Beispiel Polen, Kroatien und Ungarn, lässt sich das zumindest nicht ausschließen. Doch ist das nicht die einzige Gefahr für das Turnier. Denn extrem rechte Akteure – vom subkulturellen Neonazismus bis hin zur AfD – agitieren seit Jahren gegen die Vielfaltsmaßnahmen im Fußball und die Tatsache, dass „Player of color“ mittlerweile Normalität in den deutschen Auswahlteams sind. Rassistische Shitstorms und Kampagnen aus diesem Spektrum, insbesondere im Fall eines sportlichen Misserfolgs, sind also ernst zu nehmen.

DP: Was halten Sie als Geschlechterforscher eigentlich von der Forderung nach „Equal Pay“ im Profifußball? Der Männerfußball ist ein Milliardengeschäft. Der Frauenfußball immer noch eher eine Randsportart...

Claus: Der Männer- und der Frauenfußball agieren heute auf der Basis sehr ungleicher Voraussetzungen. Wir sollten nicht vergessen: Immerhin war der Spielbetrieb der Frauen des DFB von 1955 bis 1970 verboten.

Letztlich unterstütze ich die Forderung nach Equal Pay, jedoch macht sie nur verbunden mit der Forderung nach Equal Investment Sinn. Dabei geht es um die nachholende und weiterführende Professionalisierung des Frauenfußballs, seines Personals und der Infrastruktur. In der genderpolitischen Debatte um Equal Pay geht es ja nicht nur um die Gleichbezahlung von Frauen, sondern auch um die Fürsorgearbeit – auf Englisch Carework – von Männern. Und sagen wir mal so: Ich würde mich freuen, irgendwann einmal vom ersten Fußballprofi zu lesen, der in Elternzeit geht.

DP: Danke für das Gespräch.



Robert Hegster





DP-Interviewpartner Robert Claus studierte Europäische Ethnologie und Gender Studies an der Berliner Humboldt-Universität. Er forscht und publiziert zu den Themen Fankulturen, Hooligans, Rechtsextremismus, Männlichkeiten, Soziale Bewegungen und Gewalt.



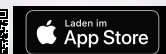
DP App

DEUTSCHE POLIZEI

Special „to go“ zur Fußball-EM 2024

-  **Spielplan zum Download**
-  **Stadien**
-  **GdP-Betreuungskonzepte**
-  **Informationen zu Fußball, Gewalt und Polizeiarbeit**

DP App downloaden!



Innenleben



Ausgezeichnet: GdP-Chef Jochen Kopelke (o.l.) zeichnete als Jurymitglied die Gewinnerinnen und Gewinner des „Zukunftspreises Polizeiarbeit“ aus.

EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS 2024

Europas Sicherheitsfamilie rückt enger zusammen

Europas Sicherheitsexperten trafen sich zum 27. Europäischen Polizeikongress (EPK) in Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) brachte auch dieses Jahr ihre umfassende Expertise in diversen Fachforen und zahlreichen persönlichen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen ein.

Wolfgang Schönwald

Der zweitägige Kongress Mitte April zog auch dieses Jahr wieder viele Gäste aus Polizei, (Europa-)Politik und Wirtschaft an den Messestand Deutschlands größter Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte. Der derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Michael Stübgen, Innenminister Brandenburgs, stattete der GdP ebenso einen Besuch ab wie die Ressortchefs von Thüringen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, Georg Maier, Michael Ebling und Christian Pegel. Auch Berlins Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik schaute auf eine Stippvisite vorbei.

Reger Austausch

Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke verwies am Rande der Veranstaltung auf die große Bedeutung einer eng abgestimmten Zusammenarbeit europäischer Sicherheitsexperten bei der gemeinsamen Kriminalitäts- und insbesondere der Schleuserbekämpfung. In bilateralen Gesprächen wie mit dem Frontex-Chef Hans Leitjens betonte der GdP-Bundesvorsitzende: „Unsere europäische Sicherheitsfamilie muss noch enger zusammenrücken. Nationale Polizeien

sind mit dieser Aufgabe zunehmend überfordert.“ Allein der rege Austausch auf diesem Polizeikongress zeige, wie notwendig solche Begegnungen für das gemeinsame Streben nach mehr Sicherheit seien. Diesen Austausch gelte es, kontinuierlich fortzusetzen. „Das nächste Mal gerne am Frontex-Sitz in Warschau“, sagte Kopelke.

Zur Kongresseröffnung sprach sich der Vorsitzende der Innenministerkonferenz Michael Stübgen dafür aus, schärfer gegen Cybermobbing vorzugehen. Außerdem forderte er ein Umdenken beim Thema Vorratsdatenspeicherung. Diese müsse genutzt werden, um etwa gegen sogenannte Kinderpornografie vorzugehen. ■



Bitte lächeln: Die Innenminister von Thüringen, Georg Maier und Mecklenburg-Vorpommern, Christian Pegel (v.l.) am GdP-Stand.



GdP-Chief Jochen Kopelke (l.) mit Frontex-Direktor Hans Leitjens.



GdP-Vize Poitz (r.) mit dem Chef der ukrainischen Nationalpolizei, Ivan Vyhivskiy.



Der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (l.) zu Gast am GdP-Stand.

ANZEIGE

Exklusiv für GdP Mitglieder.

20% GdP-Rabatt* auf alle Artikel
im Online-Shop.

20% Rabatt

*ab dem Kauf von min. 2 Artikeln.



SNOCKS



Volltreffer: Jennifer Otto, Sibylle Krause, EM-Turnierdirektor Philipp Lahm und Alexander Poitz (v.l.).



GdP-Vize Poitz (l.), EU-Politikerin Lena Düpont und IMK-Chef Michael Stübgen.



Immer nah an den Mitgliedern, so soll's sein!



DGB-Vize Elke Hannack und GdP-Chef Jochen Kopelke.



Ahoi! Bundesschriftführer Hagen Husgen (l.) zu Besuch bei den Kollegen der sächsischen Wasserschutzpolizei.



Kay Herschelmann

GdP-Chef Kopelke (2.v.l.) mit EU.Pol-Präsident Peter Smets.



Kay Herschelmann

Die GdP, immer da, wo die Kollegen sind.



Kay Herschelmann

Gut was los am GdP-Stand.



Kay Herschelmann

Bleibt für ihre Mitglieder am Ball - die GdP.

ANZEIGE



Während du für unsere Sicherheit sorgst, kümmert sich Egardia um dein Zuhause.

Exklusiv für GdP Mitglieder:



Gdp.de/gdp-plus





Bundesschriftführer Hagen Husgen (l.) referierte als Experte über den Spagat zwischen „Sicherheit vs. Freiheit“.

EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS 2024

GdP-Expertise ist gefragt

Die mehr als 30 Fachforen zu sicherheitspolitischen Themen stießen an beiden Kongresstagen bei Kongressbesuchern auf großes Interesse. Auch diverse Mitglieder des GdP-Bundesvorstandes und weitere GdP-Vertreter brachten ihre Expertise unter anderem zu den Themen Cannabis-Legalisierung, die Polizei der Zukunft oder Frauenpolitik ein.

Danica Bensmail

Legalisierung

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Alexander Poitz äußerte sich im Panel zur neuen Cannabisregelung ernüchtert über das umstrittene Gesetz. Es gebe viele offene Fragen, betonte der Kriminalbeamte. Polizei,

Zoll, Justizbehörden und Jugendämter stünden angesichts fehlender Übergangsfristen und Vorbereitungszeiten vor unnötigen Herausforderungen. Poitz: „Es zeugt von politischer Gleichgültigkeit und ist schlicht enttäuschend.“

Sicherheit vs. Freiheit

GdP-Bundesschriftführer Hagen Husgen konstatierte im Forum „Sicherheit vs. Freiheit“, Videotechnik sei in der heutigen Zeit ein Mindeststandard für die Sicherheit. Er regte mit einer Frage zum Nachdenken an: „Was nutzt der Polizei die beste Technik, wenn ihr die Befugnisse für deren Anwendung verwehrt werden?“ Und ebenso wichtig sei es, sich vor der Anschaffung der Technik Gedanken zu machen, wer diese bedienen solle und könne, sagte der Gewerkschafter.



JUNGE GRUPPE-Chefin Jennifer Otto weiß, was junge Menschen in der Polizei brauchen.

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

Suchen

SCHWARZES BRETT

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [mehr erfahren]

Keine Ausgabe mehr verpassen mit einem Abonnement!

Die PolizeiPraxis kommt bequem zu Ihnen nach Hause. Mit einem Abonnement zum Preis von 15,00 Euro, (zzgl. 4,70 Euro Versand, incl. MwSt.) pro Jahr erhalten Sie zweimal jährlich die PolizeiPraxis. Mit der [mehr erfahren]



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: info@polizeipraxis.de bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.





Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne: „Die Polizei braucht mit Blick auf Gleichstellung einen Kulturwandel.“



GdP-Vize Poitz im Experten-Panel zum Thema Cannabis-Legalisierung.

Frauen in Führung

Die Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne engagierte sich im Fachforum „Frauen in Führungspositionen“ und fand wie gewohnt klare Worte: Die Polizei brauche mit Blick auf Gleichstellung einen Kulturwandel, verlangte die Gewerkschafterin.

Generationenwandel

Die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto stellte im Forum „Anforderungen an Führung im Generationenwandel“ fest: „Junge Menschen brauchen Räume, um offen über Fehler zu sprechen. Damit muss die Polizei offener umgehen.“

Demokratiestarke Polizei

Personalrat und Vorsitzender der GdP-Bzirksgruppe Oldenburg, Bernd Dreier, referierte in seiner Funktion als Demokratiepate über die Bedeutung demokratischer Mitbestimmung in der Polizei. Er betonte zudem die Notwendigkeit, die Kolleginnen und Kollegen gegen demokratiefeindliche Kräfte zu stärken. „Als Gewerkschaft haben wir dafür ein sehr klares Bewusstsein. Daher ist Demokratieschutz ein wesentliches Element unserer Arbeit.“ ■



GdP-Personalrat Michael Dreier: „Demokratieschutz ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit.“



Die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto (l.): „Junge Menschen brauchen Räume, um offen über Fehler sprechen zu können.“

EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS 2024

Europa auf dem Weg zur Vision Zero

Erstmals richtete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf dem Europäischen Polizeikongress ein eigenes verkehrspolitisches Fachforum aus. Vier Experten stellten unter der Moderation des GdP-Abteilungsleiters Jeldrik Grups, zuständig für Verkehrsthemen in der Bundesgeschäftsstelle, Best-Practice-Beispiele zur Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten vor.

Wolfgang Schönwald

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 2.830 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen, EU-weit mehr als 20.000. In zahlreichen europäischen Ländern sind in den vergangenen Jahren neue Strategien entwickelt worden, um diese erschreckend hohe Zahl zu senken.

Mutig sein!

Doch in Deutschland fehlt der Politik bislang der Mut, um konsequent gegen Verkehrssünder vorzugehen. Die GdP fordert deshalb, dass die Verkehrsminister des Bundes und der Länder endlich ein Konzept vorlegen, wie sie das von ihnen propagierte Ziel, die Zahl der im Straßenverkehr schwerverletzten oder getöteten Menschen auf null zu reduzieren, erreichen wollen.



Das Experten-Panel des ersten GdP-eigenen Verkehrsforums auf dem Europäischen Polizeikongress.

ANZEIGE

Job an den Nagel hängen?

Erwerben Sie eine sofort verfügbare GmbH z.B. mit erteilter Erlaubnis gem. § 34a GewO (Sicherheit & Bewachung). Auch Gesellschaften aus anderen Branchen verfügbar.

**JETZT IN DIE
SELBSTSTÄNDIGKEIT!**

weitere Infos unter:
0241 / 16 06 68 -0
cofa.de info@cofa.de

oder direkt zu unserem
Portfolio:





Matthias Emmerich, Monocam-Experte aus Rheinland-Pfalz.

Gewusst wie ...

Höchste Zeit also, noch mehr Dynamik in die Debatte zu bringen. Auf dem Europäischen Polizeikongress hat die GdP in ihrem Fachforum „Europa auf dem Weg zur Vision Zero – Best practices zur Optimierung Verkehrsüberwachung“ vier Experten versammelt, die wissen, dass es geht und zudem auch noch erklären wie.

Mit Monocam zur Vision Zero

Matthias Emmerich, Leiter der Polizeiinspektion (PI) Trier, zog ein Resümee zum Einsatz der sogenannten Monocam. Dabei habe man sich von den Kollegen in den Niederlanden inspirieren lassen. Die Technologie erkenne unerlaubte Handynutzung im Verkehr. Dem Polizeirat zufolge ein voller Erfolg auf dem Weg zu möglichst null Todesopfern durch Unfälle: „Ein wirklich sehr gutes System zur Umsetzung der Vision Zero. Ein absoluter Mehrwert für Verkehrssicherheit.“ Deshalb plädiere er bundesweit für Polizeikontrollen gegen derartige Ablenkung am Steuer.

Verschärftes Rasergesetz

In Dänemark setzt man bewusst auf drastische Strafen, die abschrecken sollen. Im Nachbarland war im März 2021 ein verschärftes Rasergesetz in Kraft getreten. „60 Prozent aller Unfälle werden durch Raser verursacht“, betonte Anders Knudsen von der Dänischen Polizeigewerkschaft auf



Anders Knudsen von der dänischen Polizeigewerkschaft.

dem Forum. Dem Gesetz zufolge verlieren Raser demnach das Auto, wenn sie besonders rücksichtslos gefahren seien, also die vorgeschriebene Geschwindigkeit um über 100 Prozent überschritten wurde oder der Fahrer mehr als zwei Promille Alkohol im Blut hatte. Das gelte, egal, ob letzterer auch der Besitzer des Wagens sei. Das Auto werde konfisziert und verkauft. Die Einnahmen gingen an die Staatskasse.

Fahrradstreifen

Hauptkommissar Frank Hellwig von der Polizeidirektion Braunschweig stellte die niedersächsischen Radstreifen vor. „Als Teil der bürgernahen Polizei schließen Fahrradstaffeln einsatztaktische Lücken zwischen Streifenwagen und Fußverkehr. Sie begeg-



Dr. Walter Eichendorf, Präsident des Europäischen Verkehrssicherheitsrates.

nen den Menschen auf Augenhöhe.“ Fahrradstaffeln gebe es mittlerweile in vielen Polizeien Deutschlands, vor zwei Jahren fand die erste Bundesfachtagung zu diesem Thema in Braunschweig statt.

Alle an einem Strang

Professor Dr. Walter Eichendorf, Präsident des Europäischen Verkehrssicherheitsrates, erklärte, um künftig Verkehrstoten in Europa vorzubeugen, bedürfe es auf EU-Ebene einer konzertierten Anstrengung. Ein besonderer Blick müsse dabei der Strafverfolgung über nationale Grenzen hinweg gelten. ■



Hauptkommissar Frank Hellwig aus Oldenburg.



GdP-Abteilungsleiter Jeldrik Grups moderierte die Veranstaltung.



Foto: schweiss

LIEBE ELKE HANNACK, ...

... herzlichen Glückwunsch!

Am letzten Tag des 36. CDU-Bundesparteitages Anfang Mai traf GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke (2.v.r.) seine DGB-Vorstandskollegin Elke Hannack (m.) und gratulierte ihr herzlich zur erneuten Wiederwahl in den Bundesvorstand der Partei. „Europa“ stand thematisch zur Debatte. Hannack und Kopelke nutzten die Gelegenheit, um mit jungen Teilnehmenden zu diskutieren. Kollegin Hannack ist als stellvertretende DGB-Vorsitzende unter anderem verantwortlich für das Thema Beamte und Öffentlicher Dienst. Maßgeblich treibt sie die Anti-Gewalt-Kampagne des DGB „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“, an der auch die GdP beteiligt ist, voran.

ANZEIGE

POLIZEITAGE 2024

WIR DISKUTIEREN SICHERHEIT!

04.09.2024 Polizeitag Düsseldorf

06.11.2024 Polizeitag Hamburg

05.12.2024 Polizeitag München

Behörden Spiegel



Eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

www.polizeitage.de

Innenleben



BEAMTEN- UND BESOLDUNGSRECHT

Amtsangemessene Besoldung im Fokus

Zu seiner Sitzung kam der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht Mitte April in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zusammen. Breiten Raum in den Beratungen der Expertinnen und Experten für Besoldungsrecht in der GdP nahm wie immer in letzter Zeit das Thema Umsetzung der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung zur amtsangemessenen Alimentation ein.

GUDRUN HOFFMANN

Bis auf den Bund haben inzwischen alle Dienstherren sogenannte Reparaturgesetze vorgelegt, um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Abstandsgebot zwischen der untersten Besoldungsgruppe und dem sozialhilferechtlichen Grundsicherungsniveau umzusetzen. Durch die Einführung des Bürgergeldes ergeben sich nun neue Reparaturherausforderungen. Die unterschiedlichen Maßnahmen der einzelnen Gesetze wie das Streichen von Erfahrungsstufen oder ganzen Besoldungsgruppen, die Erhöhung von familienbezogenen Zuschlägen sowie Änderungen bei der Beihilfe führen zu einer noch stärkeren Zersplitterung des Besoldungssystems und lassen eine Vergleichbarkeit und nicht zuletzt die von der GdP angestrebte Vereinheitlichung der Besoldung immer schwerer erscheinen.

Versorgung

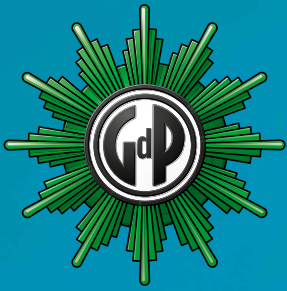
Neben der Besoldung beschäftigte sich der Bundesfachausschuss

auch mit der Versorgung. In fast allen Ländern gibt es eine Hinzuverdienstgrenze für pensionierte Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben. Der Bundesfachausschuss empfiehlt der GdP, sich dafür einzusetzen, die Hinzuverdienstgrenze bundeseinheitlich abzuschaffen. Keine derartige Regelung besteht lediglich in Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Rehabilitation

Als zuständiges Mitglied für den Beamtenbereich im Geschäftsführenden Bundesvorstand berichtete GdP Vize Sven Hüber über die aktuelle Gewerkschaftspolitik. Besonders im Fokus stand dabei das Thema Rehabilitation von Beamtinnen und Beamten, die ein Disziplinarverfahren durchlaufen haben, das am Ende eingestellt wurde. Die GdP setzt hier verstärkt auf die Rehabilitation der Betroffenen, deren Bedürfnisse im Zuge der Ermittlungen und vor allem nach einer Einstellung immer weiter in den Hintergrund rücken. ■

Einfach Rabatte nutzen!



**GdP-Plus
Partner**

**Da ist alles für Dich drin –
exklusiv für Dich als
GdP-Mitglied und Deine Familie!**

Zu den Angeboten:



Easy-Login

www.gdp.de > Dein GdP-Plus



Fotos: stock.adobe.com



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Kontakt zum jeweiligen Anbieter bzw. Dienstleister ist über die spezifische Angebotsseite nach dem Login möglich. Weitere Infos: www.GdP.de

Innenleben



Jana Besterfeldt

BUNDESFACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Spurensuche in der Cloud: Sind wir vorbereitet?

Fachkompetenz hat in der GdP einen hohen Stellenwert. Nicht von ungefähr kommt deshalb den regelmäßigen Zusammenkünften der Bundesfachausschüsse (BFAs) eine besondere Rolle zu. Sie sollen Impulse für die Weiterentwicklung der Polizei setzen. Mitte April diskutierte der BFA-Kriminalpolizei im Beisein des für den Bereich Kriminalpolizei zuständigen stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Alexander Poitz intensiv über Fachfragen.

STEPHAN HEGGER

Insbesondere wurde von dem Fachgremium die Frage erörtert, wie die Polizei darauf reagieren kann, dass sich die Kriminalität abhängig von sozialen Megatrends wie gestiegener Komplexität, Mehrdeutigkeit und Ungewissheit dynamisch verändert und diese sich zunehmend in den digitalen Raum verlagert.

Dass Täter heute hoch flexibel sind und in immer kürzeren Zeitabständen neue technische Möglichkeiten für ihre kriminellen Ziele nutzen, ist eine der Nebenwirkungen der rasant um sich greifenden Veränderungen, unter anderem der Digitalisierung. Technisch sind sie der Polizei oft

einen Schritt voraus – auch, weil neue Verschlüsselungstechnologien und die Anonymität des Internets sowie das Agieren über nationale Grenzen hinweg, ihre Strafverfolgung massiv erschweren. Ralph Berthel, Leitender Polizeidirektor a.D. und regelmäßiger Autor der GdP-Fachzeitschrift „Die Kriminalpolizei“, ist deshalb in seinem Fachvortrag vor den Anwesenden der Frage nachgegangen, welche Herausforderungen an die Kriminalistik bestehen und wie sich die Polizei anpassen muss, um – auch im Digitalzeitalter – vor die Lage zu kommen.

Zentrales Ergebnis der im Fachausschuss anlässlich des Fachvortrages geführten Diskussion lautet: Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen flächendeckend technisch besser ausgestattet werden, mehr fachlich versiertes Personal bekommen, auch von außerhalb des Polizei- und des Justizbereiches, und sie müssen die rechtlich erforderlichen Rahmenbedingungen erhalten, um flexibel auf neue technologische Entwicklungen reagieren zu können. Eine andere These lautet: Weil Tatorte, Taterfolgsort und Aufenthaltsorte von Tätern immer mehr unabhängig voneinander werden, werden nationale Grenzen für die Strafverfolgung immer unwichtiger.

Notwendig ist in diesem Zusammenhang auch eine Neuausrichtung der Kriminalitätsforschung. Nicht umsonst hatte die GdP auf dem letzten Bundeskongress in Berlin sich dafür starkgemacht, dass die Kriminalitätsforschung so ausgebaut wird, dass sie nicht nur aktuelle Kriminalitätsphänomene erklären, sondern auch künftige Entwicklungen besser voraussagen kann. Ziel dessen müsse sein, die Polizei besser in die Lage zu versetzen, auf die sich ändernden Bedingungen vorbereitet zu sein. ■

PROFESSIONELLE POLIZEILICHE GESPRÄCHSFÜHRUNG

Ein Lehr- und Trainings-Handbuch mit praxisnahen Übungen

Von **Susanna Nolden**.



2. Auflage 2023

Umfang: 232 Seiten

Format: DIN A5, Broschur

Preis: 26,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0929-5

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 24,99 € [D]

Im Polizeialltag treffen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte immer wieder auf Situationen und Menschen, die sie in höchstem Maße fordern – auch kommunikativ. Dieses Lehr- und Trainingsbuch zeigt anhand verschiedener Gesprächssituationen auf, wie die Polizei etwa in schwierigen Lagen mit psychisch kranken oder psychisch gestörten Personen wie auch im Umgang mit Gewalttätern oder Opfern einer Straftat zu einer professionellen polizeilichen Gesprächsführung findet.

Besonders an diesem Werk ist, dass die Gesprächsführung als Teil der polizeilichen Lagebewältigung betrachtet wird. Bei dem daraus entwickelten Kommunikationsmodell orientiert sich die Autorin an der Struktur der polizeilichen Arbeitsweise, indem sie die drei Phasen der Gesprächsführung (Eröffnungsphase, Maßnahmenphase und Abschlussphase) mit dem klassischen Modell der Einsatzlehre (Vorbereitung, Aktion und Nachbereitung) koppelt.



DIE AUTORIN

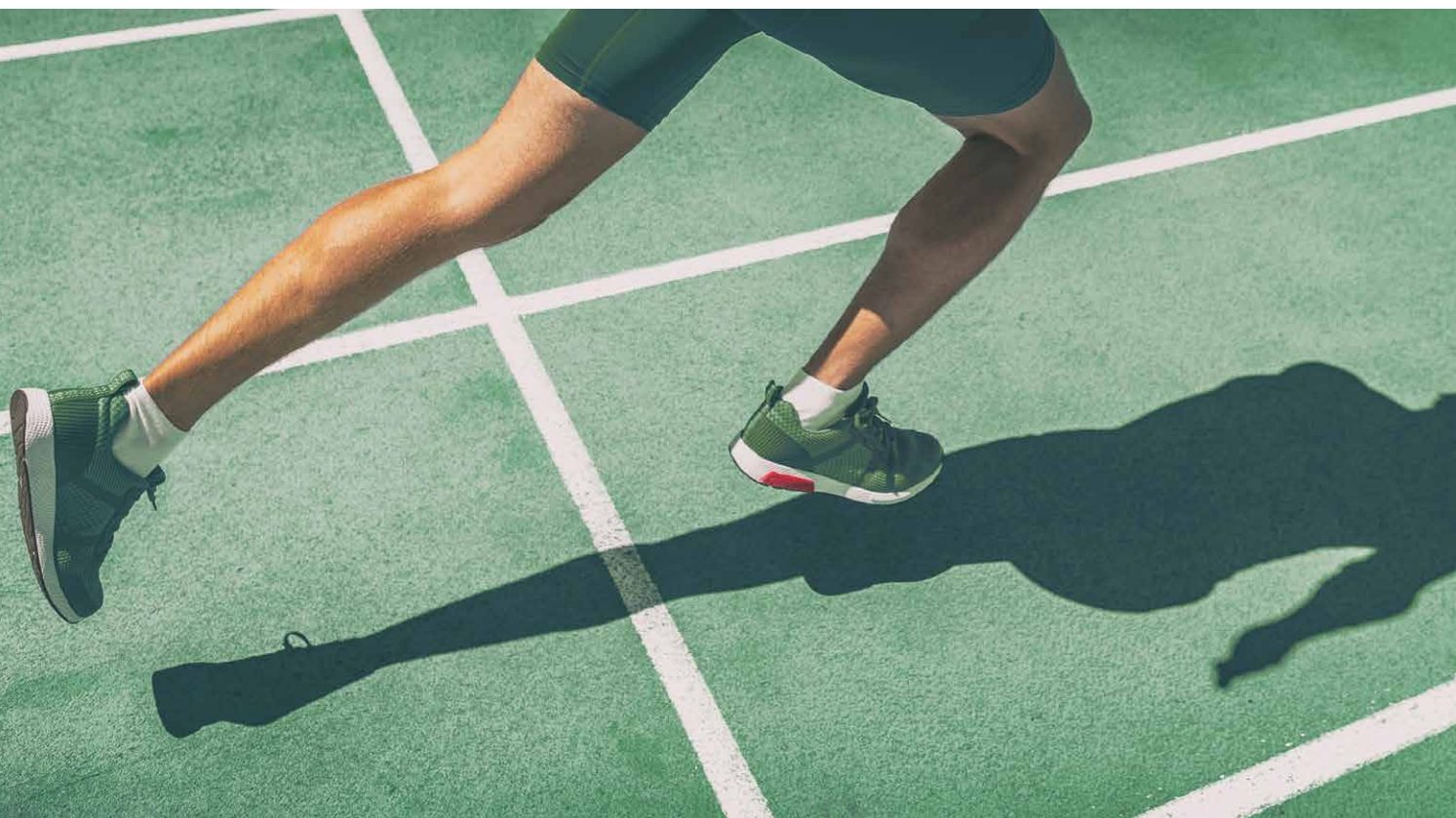
Susanna Nolden, Regierungsdirektorin a.D. Lehrt Psychologie und Einsatztraining an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) in Kassel, zurzeit als Lehrbeauftragte.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



POLIZEIARBEIT IM WANDEL

Schritthalten mit der Zukunft

Die Polizeiarbeit steht vor ständig wachsenden Herausforderungen und Veränderungen, die unter anderem durch technologische und gesellschaftliche Entwicklungen geprägt und einem permanenten Wandel unterworfen sind. Die GdP-Bundesjugendvorsitzende, Jennifer Otto mit einer Analyse, was das für die nächste Generation junger Polizeibeschäftigter bedeutet.

Jennifer Otto

Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei / Kriminalbeamtin aus Rheinland-Pfalz

Insbesondere junge Polizeibeschäftigte sind entscheidende Akteure im Wandel, da sie einen frischen Blick auf die Zukunft der Polizei werfen können. Es wird erwartet, dass die Polizeiführung und die Politik in ihre Aus- und Fortbildung investiert und ihnen die Möglichkeit bietet, sich beruflich weiterzuentwickeln und neue Fähigkeiten zu erlernen.

Chance und Herausforderung

Die rapide Entwicklung der Technologie erfordert eine ständige Anpassung der Aus- und Fortbildung bei der Polizei, um mit den neuen Herausforderungen Schritt zu halten. Besonders die fortschreitende Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) bietet sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Polizeiarbeit. Auf der einen Seite können KI-Systeme die Analyse von Massendaten deutlich erleichtern und damit die Aufklärung von Straftaten zu beschleunigen und damit auch neue Straftaten zu verhindern. Auf der anderen Seite wirft der Einsatz

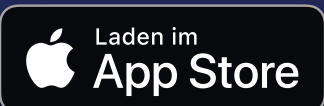
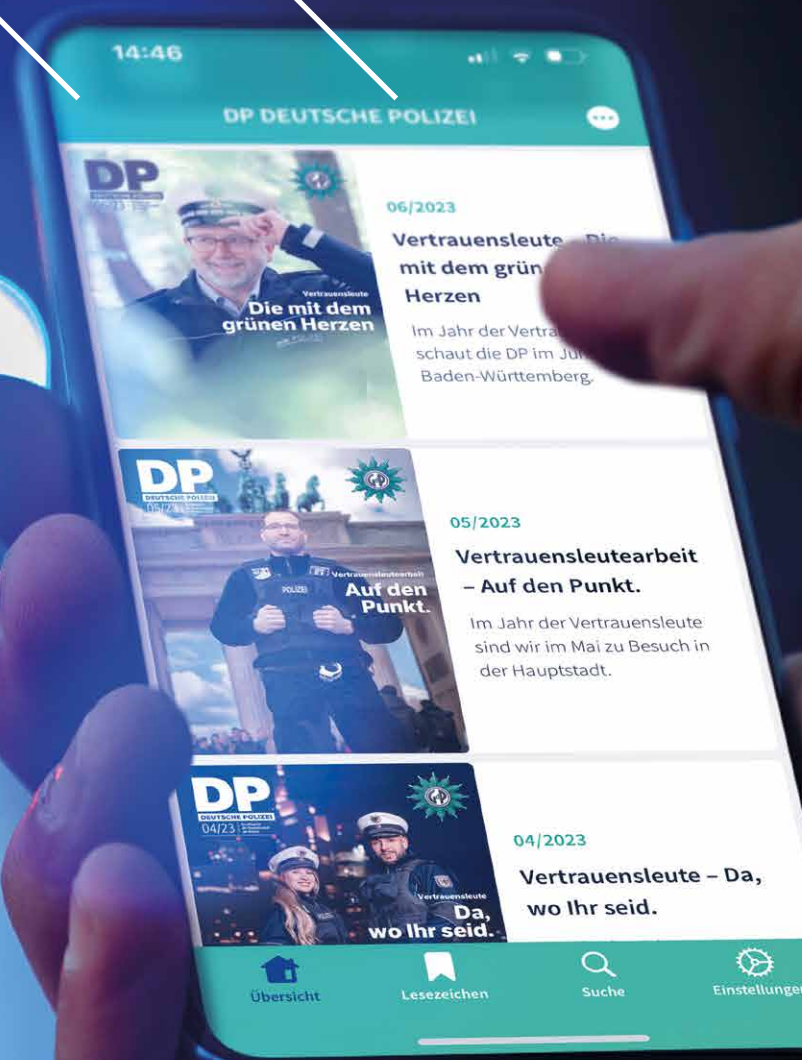
ZUGRIFF IN SEKUNDEN



Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI und POLIZEIPRAXIS hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.





GdP/Kay Heschmann

solcher Systeme ethische und rechtliche Fragen auf, vornehmlich in Bezug auf Datenschutz und die Verarbeitung von persönlichen Merkmalen mit Potenzial zur Diskriminierung von Menschen.

IT-Sicherheit

Die Zunahme von Cyberkriminalität stellt eine ernsthafte Bedrohung dar und erfordert eine Anpassung der polizeilichen Strategien. Die IT-Infrastruktur wurde jahrelang vernachlässigt und so wurden in vielen Lebensbereichen massive Einfallstore für Angriffe geschaffen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Polizeibeschäftigte für IT-Sicherheit sensibilisiert und aufgeklärt sind damit man sowohl im persönlichen als auch im behördlichen Umfeld präventiv tätig ist. Hierzu gehört allerdings auch eine massive Stärkung der Resilienz der IT-Infrastruktur, sowohl in den Behörden, aber auch in den Unternehmen selbst.

Digitalkompetenz stärken

Die JUNGE GRUPPE (GdP) fordert daher eine verstärkte Aus- und Fortbildung zur Stärkung der Digitalkompetenz für Polizeibeschäftigte. Bereits in der Ausbildung beziehungsweise den Bachelor-Studiengängen müssen digitale Inhalte und die IT-Grundlagenausbildung zur Nutzung von (Polizei-)Fachanwendungen und Anwendungen der Bürokommunikation wieder stärker Berücksichtigung finden. Für Cyberpolizisten sowie für Analysten sind darüber hinaus weitergehende spezielle

Aus- und Weiterbildungsangebote zu schaffen. Es ist wichtig, dass sie über das nötige Wissen und die Fähigkeiten verfügen, um mit den sich ständig weiterentwickelnden Technologien Schritt zu halten. Dabei wird die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden, anderen staatlichen Stellen und der Privatwirtschaft, um gemeinsam effektive Maßnahmen gegen Cyberkriminalität zu ergreifen, steigen. Nur durch eine koordinierte und umfassende Herangehensweise können wir die zunehmende Bedrohung durch Cyberkriminalität effektiv bekämpfen und die Sicherheit unserer Gesellschaft gewährleisten.

Ganzheitliche Prävention

Der anhaltende Anstieg von Gewalt stellt zudem ebenfalls eine große Herausforderung für die zukünftige Polizeiarbeit dar. Insbesondere die Zunahme von Jugendgewalt erfordert präventive Maßnahmen und eine verstärkte Polizeipräsenz in betroffenen Gebieten. Gleichzeitig ist es wichtig, die Ursachen von Gewalt zu analysieren und gezielte Interventionen zu entwickeln, um langfristige Lösungen zu finden. Wir setzen uns daher für eine ganzheitliche und präventive Herangehensweise an das Thema Gewalt ein, die neben polizeilichen Maßnahmen auch soziale und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigt. In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft ist es außerdem entscheidend, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei insgesamt zu stärken. Dies erfordert eine offene und transparente Kommunikation seitens der Polizei sowie eine respektvoll-

le und professionelle Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern.

Was junge Polizeibeschäftigte wollen

Junge Polizeibeschäftigte fordern eine offene und transparente Kommunikation seitens der Polizeiführung. Sie möchten in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, fordern sich einen neuen Umgang mit Fehlverhalten ein und möchten eine Stimme haben, um ihre Anliegen und Ideen einzubringen. Indem die Anliegen und Anforderungen von diesen Personen ernst genommen werden, kann die Polizei eine effektive und zukunftsorientierte Organisation werden, die den vielfältigen Herausforderungen der modernen Gesellschaft gewachsen ist.

Divers und inklusiv

Die Polizei der Zukunft muss ein inklusives und diverses Arbeitsumfeld fördern, in dem alle Polizeibeschäftigte unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung gleiche Chancen haben. Junge Polizeibeschäftigte erwarten, dass die Polizeiführung aktiv Maßnahmen ergreift, um Diskriminierung und Vorurteile zu bekämpfen. Die zunehmende Diversität in Gesellschaft und Polizei erfordert eine hohe interkulturelle Kompetenz. Es ist wichtig, dass Polizeibeschäftigte für den Umgang mit verschiedenen Kulturen sensibilisiert und entsprechend geschult werden, um Vorurteile abzubauen und eine effektive Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Als JUNGE GRUPPE (GdP) ist es unsere Aufgabe, die Bedürfnisse und Anliegen unserer Mitglieder zu vertreten und gleichzeitig einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung der Polizeiarbeit zu leisten. Indem wir die Herausforderungen der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen erkennen und aktiv angehen, können wir eine Polizei der Zukunft schaffen, die effektiv auf die Bedürfnisse der Gesellschaft reagiert und für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit eintritt. Denn, nur mit einer gut ausgestatteten, ausgebildeten und motivierten Polizei wird diese auch weiterhin als eine verlässliche Partnerin der Bevölkerung wahrgenommen. ■

DISZIPLINARRECHT

Für die polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**.



5. Auflage 2023

Umfang: 645 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 36,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0931-8

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 31,99 € [D]

Im Mittelpunkt dieses Buches steht das formelle Disziplinarrecht. Das behördliche Disziplinarverfahren und die Bemessung von Disziplinarmaßnahmen bilden dabei die thematischen Schwerpunkte. Zugrunde gelegt wird nordrhein-westfälisches Landesrecht und Bundesrecht (LDG NRW/BDG). Die Parallelvorschriften der anderen Bundesländer werden in Zusammenhang mit den behandelten Vorschriften des LDG NRW/BDG genannt und auf landesrechtliche Besonderheiten wird bei Bedarf eingegangen.

Die 5. Auflage wurde umfassend überarbeitet sowie an die Änderungen und Fortentwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung angepasst. Insbesondere die seit der Voraufgabe bekannt gewordenen rechtsextremen Chats bei der Polizei führten zu verschiedenen Fallkonstellationen, die eine Ergänzung des Kapitels zum Rechtsextremismus erforderlich machten. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Hinweisgeber-schutzgesetz vom 31.5.2023 eingegangen, mit dem die sogenannte EU-Whistleblower-Richtlinie umgesetzt wurde.

Eine tabellarische Übersicht einzelner Disziplinarmaßnahmen, die der schnellen Orientierung dient, schließt das Buch ab. Zudem geben Mustervordrucke Hilfestellung bei der Durchführung des Verfahrens.



DER AUTOR

Christoph Keller, Leitender Polizeidirektor, M. A., ist Dozent für die Fächer Öffentliches Dienstrecht sowie Eingriffsrecht und Leiter der Abteilung Münster der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben



(v.l.) GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke, der Bremer DGB-Vorsitzende Ernesto Harder und Nils Winter, Landeschef der GdP Bremen.

ZUM 70. MAL: DAS BREMER DGB-MAHL DER ARBEIT

Zu Gast im Bremer Rathaus

Am stets kurz vor dem 1. Mai stattfindenden DGB-Mahl der Arbeit im Rathaus Bremen nahmen der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke und der Bremer GdP-Landeschef, Nils Winter, teil.

Jochen Kopelke/Redaktion

Das Mahl der Arbeit in der Hansestadt ist ein traditioneller Empfang für Gewerkschaften, Personalvertretungen und politische Akteure. Dort werden Errungenschaften und Erfolge des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Personalvertretungen in historischen Rathaussaal gewürdigt und gefeiert.

Nach den Redebeiträgen wird jedes Jahr Labskaus serviert, ein Gericht aus gepökeltem Rindfleisch, Kartoffeln, Rote Bete und Zwiebeln, das oft mit Spiegelei und Rollmops serviert wird. Das kräftige Gericht galt in früheren Zeiten als preiswerte Stär-

kung der Seefahrer und Hafenarbeiter und hat seinen Weg in die Bremer Arbeiterküche gefunden.

Thematisch geprägt war das nunmehr seit sieben Jahrzehnten veranstaltete Mahl durch die im politischen Raum debattierte Schuldenbremse und Investitionsbedarfe des Staates. Auch Sondervermögen und die Haushaltspolitik in der Zeit der „Zeitenwende“ wurden in den Reden hervorgehoben und waren Teil der Tischgespräche.

Die beiden GdP-Vertreter haben die Position der Gewerkschaft verdeutlicht: Die Arbeitnehmervertretung der deutschen Poli-

zeibeschäftigten setzt sich intensiv für die Aussetzung der Schuldenbremse und für ein „Sondervermögen Sicherheit“ ein. Ziel ist es, eine gemeinsame verbesserte Finanzierung der Sicherheit durch Bund und Länder und damit eine Verbesserung der Besoldung, Tarife, Ausstattung und Technik zu erreichen.

Beide Themen hat auch der DGB-Bundesvorstand in seiner Sitzung Anfang Mai in Berlin beraten und in ein Positionspapier gegossen. So bekräftigte der DGB angesichts des enormen öffentlichen und privaten Investitionsbedarfs wiederholt seine Forderung nach einem öffentlichen kreditfinanzierten Investitionsprogramm. Die Schuldenbremse sei eine Investitionsbremse und müsse grundlegend reformiert werden. Weiter heißt es: „Die Kreditfinanzierung von Investitionen würde es dem Staat zudem ermöglichen, seinen Regelaufgaben besser gerecht zu werden. Sie würde finanzielle Kapazitäten im Kernhaushalt frei machen, die für eine Stärkung notwendiger nicht-investiver bzw. konsumtiver Leistungen eingesetzt werden können“, darunter die Ausstattung für die innere Sicherheit und die Einstellung öffentlichen Personals, zum Beispiel von (Bundes)Polizistinnen und Polizisten. ■



GdP-Chef Jochen Kopelke lässt sich Labskaus schmecken.

VERTRAUENSLEUTE

Für dich da.



„Als Vertrauensmann
höre ich dir zu – denn bei
uns steht der Mensch im
Mittelpunkt.“

Yannis

Wir hören

dir zu.



Gewerkschaft der Polizei

Stellenausschreibung

Geschäftsführung Bund (m/w/d)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bund sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n)

Nachfolger:in für die aus Altersgründen ausscheidende Geschäftsführerin in Berlin.

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche Tätigkeit in Vollzeit
- eine Vergütung, angelehnt an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)
- Übernahme der Tarifierhöhungen des TVöD
- 30 Tage Jahresurlaub
- Weihnachtsgeld analog dem TVöD
- zentrale Lage in Berlin
- PKW-Parkplatz am Büro
- Deutschlandticket
- gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV
- profiligen Weiterbildung

Gesuchtes Profil:

- abgeschlossenes Hochschulstudium, z.B. Rechtswissenschaften, Polizeimanagement oder Sozialwissenschaft oder einschlägige Berufserfahrung in Leitungssposition
- Berufs- und Leitungserfahrung im Gewerkschaftsbereich, gewerkschafts-, stiftungs- oder politiknah
- betriebswirtschaftliche Kompetenzen, buchhalterische Kenntnisse
- mindestens gute Englischkenntnisse für die Kommunikation mit ausländischen Schwesterorganisationen
- Vertrautheit mit den Belangen der Polizei sowie ihrer Beschäftigten und des öffentlichen Dienstes
- souveränes Auftreten, Kommunikationsstärke und Fingerspitzengefühl im wertschätzenden Umgang mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit politischen Gremien und/oder der Bundesverwaltung, sowie Kommunalverwaltungen
- Motivation und Bereitschaft, ein breites und vielfältiges Aufgabenspektrum zu betreuen
- Identifikation mit den Zielen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)

Zu den Aufgaben der Geschäftsführung gehören:

- Geschäftsführung am Hauptstandort Berlin, sowie Brüssel und Hilden (bei Düsseldorf)
- Personalverantwortung in der Personalführung und -organisation
- Budgetverantwortung und hauptverantwortliche Haushaltsplanungen der Organisation
- politische und strategische Beratung des GdP-Bundesvorstands, insbesondere des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, in allen gewerkschaftspolitischen Fragen
- Erarbeitung gewerkschaftspolitischer Grundsatzpositionen und Konzeptionen für die kurz-, mittel- und langfristige Ausrichtung der Organisation
- inhaltlicher und organisatorischer Austausch zwischen den DGB-Gewerkschaften auf Geschäftsführungsebene
- Konzeption der gewerkschaftspolitischen Arbeit, Kampagnen und Aktionen
- Entwicklung und Verantwortung von Projekten
- Planung, Verantwortung, Durchführung des Bundeskongresses alle 4 Jahre, sowie weiterer satzungsgemäßer ordentlicher und außerordentlicher Sitzungen
- fachliche Betreuung des Bundesschiedsgerichts

Mit der Tätigkeit, vor allem durch die Teilnahme an Gremiensitzungen, sind Reisetätigkeiten verbunden.

Bewerbungsunterlagen oder Fragen:

Ihre Bewerbung und Fragen zur Stelle richten Sie bitte bis **1. Juli 2024** an den

Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Jochen Kopelke
 Stromstraße 4
 10555 Berlin

oder per E-Mail an
Jochen.Kopelke@gdp.de

Als weltweit größte Polizeigewerkschaft betreibt die **Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bund** für über 208.000 Mitglieder an den Standorten Berlin, Brüssel und Hilden eine Bundesgeschäftsstelle mit derzeit rund 30 Beschäftigten.

Im Dachverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und in einer deutschlandweit föderalen Gewerkschaftsstruktur werden Positionen und Interessen für Polizeibeschäftigte vertreten und durchgesetzt.

Stellenausschreibung

Referent Finanzen (m/w/d)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bund sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n)

Referent:in in Vollzeit.

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche Tätigkeit in Vollzeit
- eine Vergütung, angelehnt an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)
- Übernahme der Tarifierhöhungen des TVöD
- 30 Tage Jahresurlaub
- Weihnachtsgeld analog dem TVöD
- zentrale Lage in Berlin
- PKW-Parkplatz am Büro
- Deutschlandticket
- gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV
- profiligen Weiterbildung

Gesuchtes Profil:

- Wünschenswert ein Studium der Ökonomie oder BWL, eine abgeschlossene Berufsausbildung im Finanzwesen bzw. eine einschlägige Berufserfahrung
- Betriebs- oder volkswirtschaftliche Kompetenzen und Kenntnisse
- Erfahrungen in der Anlage von liquiden Mitteln, Kapitalmarkterfahrung
- Motivation und Bereitschaft, ein breites und vielfältiges Aufgabenspektrum zu betreuen
- Identifikation mit den Zielen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)

Zu den Aufgaben der neu eingerichteten Stelle im Bereich der Abteilung Organisation gehören:

- Zentrale Ansprechperson für Kostenplanung von Projekten und Budgetplanungen
- die Aufstellung des Haushaltsplans
- die Vorbereitung und Bearbeitung der Beschlüsse der Abteilung Finanzen
- die Aktualisierung der Beitragstabellen der Landesbezirke/Bezirke
- die Vorbereitung von Finanzausschusssitzungen
- Bearbeitung des Jahresabschlusses nach Erstellung durch Buchhaltung
- die Ausarbeitung des Haushaltsplans
- der Kontakt zu Versicherungen
- die Weiterentwicklung der Kostenstellen, gegebenenfalls Budgetierung
- Erstellung des Finanzberichts für den Bundeskongress
- Bestellung des Abschlussprüfers initiieren
- Unterschriftsberechtigung im Zahlungsverkehr
- die Prüfung der Jahresabschlüsse der Landesbezirke/Bezirke
- Freigabe von Zahlungen
- die Beantragung und Abrechnungen von Fördermitteln
- die Beantragung und Abrechnungen von Förderprogrammen und Forschungsprojekten
- die Prüfung der Streikgeldabrechnungen
- Analyse der Bundes- und Landeshaushaltsgesetzgebung

Bewerbungsunterlagen oder Fragen:

Ihre Bewerbung und Fragen zur Stelle richten Sie bitte bis **1. Juli 2024** an den

Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Jochen Kopelke
 Stromstraße 4
 10555 Berlin

oder per E-Mail an
Jochen.Kopelke@gdp.de



Am 9. Juni ist Europawahl in Deutschland.

Viele der politischen Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, haben direkten Einfluss auf den Dienstalltag von Polizeibeschäftigten in der Bundesrepublik.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) will „Europäische Sicherheit gemeinsam gestalten“.

Gute Arbeitsstandards bei gemeinsamen Einsätzen sicherstellen

Zugänge zu europäischen Austauschprogrammen erleichtern

Mitbestimmung für Beschäftigte in Auslandsverwendungen verbessern

Mehr Infos findest Du im gleichnamigen GdP-Impulspapier.



QR-Code scannen und Bescheid wissen!





DEUTSCHE VERKEHRSWACHT

Erfolgsgeschichte Verkehrserziehung

Vor 100 Jahren wurde in Berlin die Deutsche Verkehrswacht gegründet. Der gemeinnützige Verein adressierte in seiner Arbeit das richtige Verkehrsverhalten als stärkste Einflussgröße zur Unfallvermeidung. Ein Blick zurück ...

Heiner Sothmann



Mit dem Aufkommen des Automobils hat sich das Tempo erhöht, die Unfallfolgen haben sich dementsprechend verschlimmert. Erste Gegenmaßnahmen waren die Vermittlung von Verkehrsregeln und Verhaltensempfehlungen. Relativ schnell zeigte sich aber, dass es noch viel größeres Potenzial gab: die Kinder. Auch hier war die Wissensvermittlung wichtig. Sie wurde zudem mit praktischem Training ergänzt. Erstes Übungsgelände waren Schulhof oder Exerzierplatz.

Fahrschulen der Jugend

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Neugründung der Bundesverkehrswacht 1950 wurde auch die Mobilitätserziehung sofort wieder aufgenommen. Im selben Jahr schon richtete sie in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Shell-Jugendwerk „Fahrschulen der Jugend“ ein, in denen Kinder praktischen Verkehrsunterricht bekamen. Mit Tretautos, Rollern und Fahrrädern machten sie sich fit für den Straßenverkehr. Daraus entwickelten sich später in ganz Deutschland die Jugendverkehrsschulen. Das reichte aber nicht.

Schulische Verkehrserziehung

1953 forderte die Verkehrswacht, ein festes Element der Verkehrserziehung in den Lehrplan der Grundschulen aufzunehmen. Dies soll mit einer praktischen Ausbildung im Radfahren kombiniert werden. Es würde aber noch fast 20 Jahre dauern, bevor die Kultusministerkonferenz 1972 ihre erste „Empfehlung zur Verkehrserziehung in der Schule“ herausgab, in der auch die „Radfahrausbildung“ als zentraler Baustein festgeschrieben wurde.

In den 1980er-Jahren entwickelte sich die Gesellschaft zur Hebung der Sicherheit im Straßenverkehr (GHS) von einer „Beschaffungsstelle“ für Verkehrswachten zu einem Verlag für Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung in Kita und Grundschule. Sie bot bald darauf Unterrichtsmaterialien zur Radfahrausbildung in ganz Deutschland marktführend an. Später benannte sich später um in VMS Verkehrswacht Medien&Service.

Heute

... ist die Radfahrausbildung in der 3. und 4. Klasse ein Erfolgsmodell und in den Rahmenlehrplänen der Länder fest verankert. Die Radfahrausbildung ist auch deshalb so erfolgreich, weil verschiedene Akteure gut

zusammenwirken. Lehrkräfte vermitteln in den Schulen die theoretischen Inhalte, Polizistinnen und Polizisten leiten federführend die praktische Ausbildung und prüfen die Fahrfähigkeiten. Eltern haben ihren Kindern bestenfalls schon das Radfahren beigebracht und sind regelmäßig mit ihnen unterwegs. Politik und Verbände stärken und entwickeln die Rahmenbedingungen. In Verkehrswachten bieten speziell ausgebildete Mitglieder bereits ab der Kita Bewegungsspiele zur motorischen Förderung an oder üben im Parcours mit Roller- und Lauf- rad. Die VMS ist als Institution bundesweit eine feste Größe in der Mobilitätsbildung, sei es bei der Ausstattung von Jugendverkehrsschulen oder dem Vertrieb geprüfter und zeitgemäßer Unterrichts- und Schulungsmaterialien.

In Zukunft

... wird sich die Radfahrausbildung großen Herausforderungen stellen müssen. Lehrkräfte und Polizei sind im Berufsalltag starken Belastungen ausgesetzt und auch die Voraussetzungen bei den Kindern haben sich verändert. Es wird zunehmend berichtet, dass sich die motorischen Fähigkeiten bei der praktischen Ausbildung verschlechtern. Viele Eltern nehmen sich zu wenig Zeit, mit ihren Kindern aktiv im Straßenverkehr

unterwegs zu sein, sondern fahren sie mit dem Elterntaxi überall hin. Die Lockdown-Phasen während der Corona-Krise haben diese Tendenzen nochmal verstärkt. Verkehrswachten können das Defizit aber nicht überall wirkungsvoll kompensieren, da entweder die regionale Flächendeckung fehlt oder zu wenige Aktive vorhanden sind, um den hohen Bedarf zu decken. Hinzu kommt, dass mit Hinblick auf die Unfallentwicklung auch in der Sekundarstufe die Verkehrserziehung fortgeführt und ein festes Radfahrtraining eingerichtet werden sollte.

100 Jahre – 1.000 Räder

Die Verkehrswacht reflektiert diese Herausforderungen und fokussiert weiter die Mobilitätsbildung. Darum hat sie in ihrem Jubiläumsjahr 2024 das Thema Radfahrerziehung in den Mittelpunkt gerückt. Im Zentrum steht die Spendenkampagne „100 Jahre – 1000 Räder“, mit der Geld gesammelt werden soll, um Jugendverkehrsschulen mit neuen Ausbildungsfahrrädern und Helmen auszustatten. Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen sind aufgerufen, hierbei zu unterstützen und der Verkehrserziehung wieder mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die letzten 100 Jahre haben gezeigt, dass solche Bemühungen nicht nachlassen dürfen. ■



Kurz notiert:

Die Verkehrserziehung ist so alt wie die ehrenamtliche Unfallpräventionsarbeit selbst. Die Radfahrausbildung in der Grundschule ist synonym für eine wirkungsvolle und etablierte Mobilitätsbildung. Der Erfolg misst sich aus der Zusammenarbeit von Schule, Polizei, Eltern und Verkehrswacht. Verkehrserziehung muss stetig gestärkt und weiterentwickelt werden.

Hier geht es zur Spendenaktion zum 100-jährigen Bestehen der Verkehrswacht „100 Jahre – 1000 Räder“:



Hingeschaut

BOS-BREITBANDNETZ

Einsatzkritisch, zukunftsicher

Die Bundesrepublik Deutschland betreibt für Polizeien, Feuerwehren, Rettungsdienste, weitere Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben das derzeit größte TETRA-Digitalfunknetz der Welt. Über eine Million Einsatzkräfte verlassen sich auf das BOS-Digitalfunknetz, 24 Stunden täglich, 365 Tage im Jahr.

Frank Buddrus



Das Netz bietet gleich mehrere Vorteile für den Einsatz, darunter den Gruppenruf, also eine Punkt-zu-Mehrpunkt-Kommunikation, mit der eine Gruppe von Kräften mit einem Funkspruch gleichzeitig erreicht werden kann. Mit seiner resilienten Grundstruktur erreicht dieses Netz eine zeitliche Verfügbarkeit von derzeit 99,97 Prozent und eine Verfügbarkeit in der Fläche von 99,2 Prozent. Über 5.000 Basisstationen verrichten mehrfach redundant angebunden und gegen Stromausfälle abgesichert zuverlässig ihren Dienst.

Sicher, aber ...

Dieses hochverfügbare und hochsichere TETRA-Netz hat immense Vorteile. Aber: Die Technologie gelangt an das Ende ihrer Entwicklung, und ihre Zukunft ab 2030 ist noch nicht gesichert. Viel wichtiger noch ist aber die Frage: Kann es die aktuelle und künftige Einsatzwirklichkeit in der polizeilichen und nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr abbilden? Die Antwort ist leider: Nein. Um zu dieser klaren Antwort zu gelangen, genügt der Einblick in ein typisches Einsatzszenario unserer Polizeien, die Begleitung einer Großdemonstration unter Heranzie-

hung von Kräften aus anderen Bundesländern oder der Bundespolizei.

Bestmöglich und in Echtzeit

Gegenwärtig ist die Lagebeschreibung nur über die Sprachkommunikation möglich. Zusätzlich wird das Geschehen mit Videoaufzeichnungen dokumentiert. Ist das befriedigend im digitalen Zeitalter, in einer Ära von hoch entwickelten, smarten Endgeräten, Streaming und Datenübertragung mit Gigabit-Geschwindigkeiten? Sollten Einsatzleitung und Einsatzkräften nicht Live-Lagebilder per Stream, zum Beispiel durch Drohnen und Bodycams aus verschiedenen Perspektiven zur Verfügung stehen? Auch in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr gibt es unzählige Szenarien, die mittlerweile eine Breitbanddatenübertragung benötigen. Großschadenslagen wie Hochwasser oder Waldbrände müssen mit einem bestmöglich gehärteten Kommunikationsnetz bewältigt werden können und auch den Austausch von Daten in jedem Fall ermöglichen. Vom Krisenstab bis zur letzten Hilfskraft müssen alle Informationen bestmöglich in Echtzeit verteilt werden. Aber auch Alltagseinsätze erfordern mittlerweile ein



hochsicheres, hochverfügbares Breitbandnetz bspw. für telemedizinische Datenübertragung aus dem Rettungshubschrauber in die Notaufnahme oder den Datenabgleich bei Verkehrskontrollen.

Keine bundeseinheitliche Anbindung

Wie verläuft die datengestützte Kommunikation heute? Sie findet auf kommerziellen Mobilfunknetzen statt. Zum Teil mit privaten Endgeräten und Verträgen. Die fehlende bundeseinheitliche Anbindung fördert eine länderindividuelle Entwicklung und schafft eine inhomogene Breitbandlandschaft. Diese gefährdet die einheitliche organisationsübergreifende BOS-Kommunikation und wird später mühsam und kostenintensiv konsolidiert werden müssen. Ein kommerzielles Mobilfunknetz ist nicht resilient. Es ist nicht hochsicher, nicht hochverfügbar, nicht krisenfest. Im Falle einer Cyberattacke, eines großflächigen Stromausfalles, einer größeren Naturkatastrophe wird dieses kommerzielle Mobilfunknetz versagen. Es werden in dieser Situation schlicht keine Live-Lagebilder, kein übergreifender Datenaustausch, keine kollaborativen Einsatz-



Bayrische Polizei

anwendungen, keine Einsatzführungssoftware geben.

Mit angezogener Handbremse

Das BOS-Digitalfunknetz wird im Zuge einer großen Netzmodernisierung aktuell IP-fähig gemacht – auch zu dem Zweck, breitbandig Daten transportieren zu können. Zudem hat die BDBOS gemeinsam mit Bund und Ländern bereits seit geraumer Zeit die Planung eines eigenbeherrschten BOS-Breitbandnetzes vorangetrieben, um den Digitalfunk der Zukunft zu gestalten. Sie hat außerdem Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft im Zuge unseres Innovationsprogrammes KoPa_45 aktiviert, um Anwendungen und Dienste für die zukünftige einsatzkritische Datenkommunikation zu skizzieren und mit einem wissenschaftlich-praktischen Unterbau für die spätere Realisierung zu versehen. Dennoch fahren wir bei all diesen Entwicklungen nach wie vor mit angezogener Handbremse. Denn die haushälterischen Herausforderungen, denen sich unser Land gegenüber sieht, machen auch vor der BDBOS nicht Halt. Eine moderne und zukunftsfähige Infrastruktur für den Digitalfunk der Zukunft erfordert ausreichende Finanzmittel. Gerade

im digitalen Infrastruktursektor ist Investition – und zwar im Sinne permanenter Weiterentwicklung – unabdingbar.

Digitalfunk rettet Leben

Um die Relevanz des derzeitigen und zukünftigen Digitalfunks ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen und auch im politischen Berlin auf Sichthöhe zu heben, hat die BDBOS deshalb eine „Awareness“-Kampagne mit Plakaten und digitalen Werbetafeln gestartet. Einsatzkritische Kommunikation bestimmt oft über Leben und Tod. Daher läuft die Kampagne unter dem Titel: „Digitalfunk rettet Leben“.

Deutschland droht mit der Stagnation seiner infrastrukturellen Entwicklung in Sachen Breitband BOS gegenüber dem europäischen Umfeld zurückzufallen. Einige Länder haben bereits Breitbandanwendungen, die sie über kommerzielle Netze anbinden lassen. Im außereuropäischen Ausland, etwa in Asien, sind einige Industrieländer bereits mit mehrfach ausgeprägten Breitbandnetzen für die Exekutivbehörden ausgestattet.

Die Bundesrepublik ist gut beraten, wenn jetzt – auch in schwierigen Zeiten – die In-

frastrukturweichen gestellt werden für die kommenden Dekaden. Die BDBOS steht hierfür uneingeschränkt bereit, denn: Kommunikation der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ist einsatzkritisch und sie muss zukunftssicher sein. ■

Frank Buddrus ist seit 2017 Vizepräsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Buddrus absolvierte ein Informatikstudium und war anschließend in verschiedenen Positionen im IT-Bereich tätig. 2007 bis 2015 wirkte er als Referent im Bundesministerium des Innern in der Fachaufsicht über die BDBOS an der Einführung des Digitalfunks BOS mit. 2015 wechselte Buddrus in die BDBOS. Hier verantwortete er bis 2017 den operativ-taktischen Betrieb des Digitalfunks BOS und fungierte als stellvertretender Abteilungsleiter Betrieb.

ACHTSAMKEIT UND EMOTIONALE INTELLIGENZ

Mitarbeiterwohlbefinden steigern



Reinhard Renter, ehemaliger Polizeipräsident von Offenburg, trägt das Thema Berufszufriedenheit schon länger mit sich herum. Bereits als Leiter der Polizeidirektion Offenburg – vor gut 25 Jahren – war ihm das Arbeitsklima am Arbeitsplatz ein großes Anliegen.

Reinhard Renter



Das Polizeipräsidium Offenburg hat ein wegweisendes Programm zur Förderung von Achtsamkeit und emotionaler Intelligenz ins Leben gerufen, um das Wohlbefinden seiner Mitarbeiter zu steigern und die Leistungsfähigkeit der Organisation zu optimieren. Diese Initiative unterstreicht das Engagement der Organisation für eine gesunde und unterstützende Arbeitsumgebung.

Mitgefühl und Respekt

Durch die Integration von Achtsamkeit in das Arbeitsumfeld und die Förderung emotionaler Intelligenz werden Selbstreflexion, Mitgefühl und Respekt gefördert. Dies trägt nicht nur zu einem verbesserten Arbeitsklima bei, sondern stärkt die Zusammenarbeit und steigert das Wohlbefinden der Mitarbeiter. In diesem Kontext wird es als integraler Bestandteil der Wertekultur des Polizeipräsidiums Offenburg angesehen. In einer Arbeitswelt, die von Digitalisierung, Transformation und den Bedürfnissen junger Generationen geprägt ist, legt das Polizeipräsidium Offenburg einen besonderen Fokus auf eine gesunde Work-Life-Balance und die Förderung mentaler Stärke sowie die Resilienz seiner Mitarbeiter. 2020 entwickelte das Polizeipräsidium Offenburg das Programm „Erleichtere Dein Leben durch Achtsamkeit“. Das Programm wurde seither erfolgreich um die Aspekte „Emotionale Intelligenz“ und einen MBSR-Lehrgangs (Mindfulness-Based Stress Reduction) erweitert.

Mehr Wohlbefinden

Die Implementierung des Achtsamkeitsprogramms zeigt eine signifikante Steigerung des Wohlbefindens und der Kreativität der

Mitarbeiter. Darüber hinaus konnte eine erhöhte Zufriedenheit, verbessertes Fokussieren und eine Stressreduzierung festgestellt werden. Die Entwicklung von Achtsamkeit kann somit helfen, seelischen und körperlichen Überbeanspruchungen bereits im Vorfeld.

Inspiration aus der Industrie

Erfolgreiche Programme wie das von BOSCH und Daimler Benz dienten als Inspiration. Das Unternehmen BOSCH, das 2019 das Trainingsprogramm „MindFriends“ startete, resümierte 2020: „Was wir in der gegenwärtigen Ausnahmesituation mehr brauchen, denn je, ist Mindfulness, Achtsamkeit. Die Fähigkeit, Autopilotenhandlungen und -gedanken zu stoppen und erst einmal aufmerksam wahrzunehmen, was gerade in unserer Umgebung und mit uns passiert. Die Kompetenz nicht in Stress und Hektik zu verfallen, sondern sortiert mit klarem Kopf die gegebenen Aufgaben anzugehen, ohne uns von Ängsten und Sorgen, die Corona hervorruft, erdrücken zu lassen. Die Fähigkeit, uns zu zentrieren und zu fokussieren. Die Stärke, Emotionen zu regulieren. All das – und noch vieles mehr – trainieren Achtsamkeitsmethoden“. Das Achtsamkeitsprogramm des PP Offenburg orientiert sich am „Search Inside Yourself-Programm“ von Google. Neueste Untersuchungen des Search Inside Yourself Leadership Instituts belegen die positive Wirkung von Achtsamkeit auf die Bereiche Stressbewältigung, Resilienz und Führungskompetenz.

Das Achtsamkeitsprogramm wird vollständig von intern ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Diese haben hierfür ein Trainingsprogramm absolviert.

Raum für mich

Kernelemente des Programms sind zweitägige Achtsamkeitsseminare in Klöstern, Meditationsminuten zu Beginn von Führungsberechungen, ein „Raum für mich“ zur persönlichen Rückbesinnung, die Einführung eines Dankbarkeitstagebuches und ein vielfältiges Angebot an Meditationen und weiteren Entspannungsmethoden. Die neueste Erweiterung des Programms umfasst ein Aufbauseminar für emotionale Intelligenz sowie ein achtwöchiges MBSR-Seminar, welches die Teilnehmenden darin schult, emotionale Reaktionen zu verstehen und zu regulieren.

Empathie entwickeln

Die Erweiterung mit emotionaler Intelligenz in unserem Achtsamkeitsaufbau-seminar hat als Ziel, die Fähigkeit der Teilnehmer zu verbessern, ihre Emotionen und die Emotionen anderer zu verstehen (Empathie zu entwickeln) und zu regulieren. Darüber hinaus werden die Kernbereiche der emotionalen Intelligenz, die zu einer herausragenden Führungsrolle führen, behandelt.

Stress reduzieren

Das MBSR-Seminar ist ein Achtsamkeitstraining, das darauf abzielt, Stress durch Achtsamkeit zu reduzieren. Es verbessert die Körperwahrnehmung durch Übungen im Sitzen und Gehen und hat nachhaltige Wirkungen wie einen adäquateren Umgang mit Kurzzeit- und Langzeitstress. Die äußerst positiven Ergebnisse der permanenten Evaluation des Achtsamkeitsprogrammes zeigen, dass die erwünschten Veränderungen eintreten und Mindfulness (Achtsamkeit) ein beliebtes und wirkungsvolles Programm zur Verbesserung von Führung, Leistung und Wohlbefinden ist. Peter Bostelmann, Chief Mindfulness Officer der SAP, resümierte 2018, „Achtsamkeit ist ein Megatrend, ein Flächenbrand, und ich bin fest davon überzeugt, dass in 10 bis 20 Jahren Meditation zum öffentlichen Bild gehört wie heute Joggen oder Yoga.“ Die zunehmende Anerkennung von Achtsamkeit als Schlüsselkompetenz in einer sich ständig verändernden Ar-



beitswelt macht deutlich, dass Programme wie das des Polizeipräsidiums Offenburg einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer gesunden und produktiven Arbeitskultur leisten.

DP: Was bedeutet für Sie Achtsamkeit?

Reinhard Renter: Achtsamkeit bedeutet für mich, bewusst im Hier und Jetzt zu sein, ohne zu urteilen. Es ist eine tägliche Praxis, die mir hilft, klarer zu denken und mitfühlender zu sein. Wie das Trainieren von Muskeln kann ich meine neuronalen Pfade im Gehirn trainieren. Diese Praxis trägt dazu bei, meine Flexibilität zu stärken und die Fähigkeit zu verbessern, mit Stress und Herausforderungen umzugehen. Auch erlebe ich mich besser in meinen Emotionen.

DP: Was motiviert Sie, diese Thema voranzutreiben?

Renter: Mein Antrieb, das Bewusstsein für Achtsamkeit in Behörden und Unternehmen zu stärken, entspringt meiner tiefen Überzeugung, dass es einen nachhaltigen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter haben kann. Ich möchte dazu beitragen, eine Arbeitsumgebung zu schaffen, die von Respekt, Mitgefühl und mentaler Stärke geprägt ist.

DP: Ganz platt gefragt: Was bringt das der Organisation beziehungsweise der Behörde?

Renter: Ich habe erlebt, wie Achtsamkeitstrainings das Arbeitsklima und die Produktivität in Organisationen nachhaltig ver-

bessern können. Durch die Förderung von Achtsamkeit können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre persönliche und berufliche Entwicklung vorantreiben, was letztendlich zu einer gesteigerten Effizienz, geringeren Fehlzeiten und einem stärkeren Zusammenhalt im Team führt.

DP: Welche Resonanz erfahren Sie auf die angebotenen Achtsamkeitsseminare?

Renter: Die Teilnahme an unseren Achtsamkeitsseminaren ist immer schnell ausgebucht, was zeigt, dass ein großes Interesse an diesem Thema besteht. Es berührt mich zutiefst zu sehen, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Seminaren profitieren und positive Veränderungen in ihrem Arbeits- und Privatleben erleben. Ihr Feedback und ihre Erfahrungen bestätigen, dass Achtsamkeitstraining einen bedeutsamen Beitrag zur persönlichen Entwicklung leisten kann.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Reinhard Renter war bis Mai 2022 Polizeipräsident des PP Offenburg. Dort rief er ein Achtsamkeitsprogramm ins Leben und verankerte es in der Wertekultur der Behörde. Sein Engagement und seine Expertise im Bereich des Polizeimanagements wurden durch verschiedene Fachartikel im „Handbuch Polizeimanagement (2023)“ gewürdigt. Im April leitete er das Fachforum „Entdecken Sie die transformative Kraft von Achtsamkeit in der Polizeiorganisation“.

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 06 | 73. Jahrgang 2024
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
 Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
 Stromstr. 4, 10555 Berlin
 Telefon 030 399921-0
 Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
 Danica Bensmail (dab), Redakteurin
 Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
 gdp-pressestelle@gdp.de
 Telefon 030 399921-113
 Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: Kay Herschelmann

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
 Forststr. 3a, 40721 Hilden
 Telefon 0211 7104-183
 Telefax 0211 7104-174
 av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker

Es gilt die Anzeigenliste Nr. 47 vom 1. Januar 2024.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

186.683 Exemplare
 ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
 Geprüfte Auflage
 Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42–50, 47608 Geldern
 Postfach 1452, 47594 Geldern
 Telefon 02831 396-0
 Telefax 02831 396-89887
 av@vdp-polizei.de

VERKEHRSRECHT

StVO, Zulassungsrecht, Fahrerlaubnisrecht und Verkehrsstraftaten in Ausbildung und Praxis

Von **Karl-Peter Conrads** und **Bernd Brutscher**.



22. Auflage 2023

Umfang: 616 Seiten

Format: DIN A5, Broschur

Preis: 34,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0927-1

Das vorliegende Buch stellt das heute notwendige Wissen im Fachbereich Verkehrsrecht dar. Die thematische Bandbreite erstreckt sich von den Verhaltensvorschriften der StVO, über das Zulassungsrecht von Personen und Fahrzeugen bis hin zu den Verkehrsstraftaten. Ausgerichtet an den Notwendigkeiten des polizeilichen Einschreitens im Rahmen der Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme sind alle Themen so dargestellt, dass eine zielorientierte Übersicht bzw. eine schnelle Lösung von speziellen Problemen ermöglicht wird. Skizzen, Übersichten, Formeln, Übungen u.a. erleichtern dem Leser den Einstieg und die Wiederholung der Materie.

Für die Neuauflage wurde das Buch überarbeitet und auf den neuesten Stand der Gesetzgebung und der Rechtsprechung gebracht. Die Autoren berücksichtigen insbesondere die neu erlassene Fahrzeug-Zulassungsverordnung sowie aktuelle Entscheidungen zu illegalen Autorennen und zum Handyverbot am Steuer.



DIE AUTOREN

Karl-Peter Conrads, Erster Polizeikommissar a.D., Lehrbeauftragter für Verkehrsrecht an der HSPV NRW, Studienorte Aachen und Mülheim.

Bernd Brutscher, Polizeirat a.D., Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

STOPP!

Null Toleranz bei Gewalt gegen Einsatzkräfte!

Als Partner der GdP möchten wir deutlich machen, dass wir uns gegen jede Form von Gewalt gegen Einsatzkräfte positionieren. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass die EM eine Zeit des friedlichen Miteinanders und des respektvollen Feierns wird.

flatex wünscht euch allen eine sichere und schöne Europameisterschaft!



Hier mehr zur
Partnerschaft erfahren
→ www.flatex.de/gdp-plus

